Editorial



Liebe Leser*innen,

wir freuen uns über 35 Jahre Gründung der EZLN, 25 Jahre Aufstand der rebellischen Würde und auch über die Ausgabe Nummer 80 unserer Zeitschrift "Tierra y Libertad". Die politische Situation ist jedoch alles andere als einfach. Besonderen Zorn seitens der Zapatistas und anderer sozialer Bewegungen verursacht aktuell der Plan der neuen mexikanischen Regierung von Andrés Manuel López Obrador (kurz: Amlo), eine Schnellzug-Trasse von der Karibik bis ins chiapanekische Palenque zu bauen. Als großen Affront betrachten die sozialen Bewegungen auch die Namensgebung des Zuges als „Tren Maya“ (dt.: „Maya-Zug“) - es wird nicht nur die Umwelt zerstört und Menschen vertrieben, es wird auch noch neo-kolonialistisch und folkloristisch die stark indigene Prägung der Region kapitalisiert. Legitimiert wird das Mega-Projekt unter anderem durch eine orchestrierte Pseudo-Befragung der betroffenen indigenen Gemeinden; auch dies ist ein großer Kritikpunkt. Pikant ist zudem, dass der deutsche Siemens-Konzern großes Interesse an der Umsetzung des Vorhabens angemeldet hat.
Die Zapatistas haben klar zum Ausdruck gebracht, dass sie dieses Projekt nicht dulden und sich notfalls wehren werden.
Wütend machen uns die Brandanschläge auf mehrere emanzipatorische linke Projekte in Deutschland und die massiven Aggressionen gegen die multiethnischen linksautonomen Regionen in Rojava/Kurdistan, die in den vergangenen Jahren durch ihre basisdemokratische Selbstverwaltung enorm zur Verbesserung der Lebensbedingungen der lokalen Bevölkerung beigetragen haben.
Abschließend bedanken wir uns ganz herzlich bei allen Autor*innen, Fotograf*innen und Layouter*innen für ihre Beiträge.
Des Weiteren möchten wir zum Ausdruck bringen, dass wir uns sehr freuen, dass im Sommer das nächste Rebellische Zusammentreffen von unten und links stattfinden wird.



Rebellische und solidarische Grüße,
die Redaktions-AG vom Ya-Basta-Netz für Ausgabe 80.

PS: Eine Bitte: wenn Euch unsere Zeitschrift zusagt, unterstützt uns gerne dabei, sie noch bekannter zu machen :-)

Inhalt

Impressum

Herausgeber*in: Redaktionskollektiv - Ya-Basta-Netz
Kontakt zur Redaktion: landundfreiheit@riseup.net

Postanschrift:
Tierra y Libertad
c/o Unrast Verlag
Fuggerstraße 13a
48165 Münster

V.i.S.d.P.: C. Ramona
Auflage: 3.000
Cover-Artwork: Manu & Luz

Spendenvorschlag bei Bestellungen:
Einzelexemplar: 2,50 Euro
5 Exemplare: 5,- Euro
10 Exemplare: 7,- Euro
20 Exemplare: 12,- Euro
50 Exemplare: 20,- Euro

Vertrieb: abolandundfreiheit@riseup.net
Homepage: www.tierra-y-libertad.de
(Hinweis: hier gibt's ein Online-Archiv)



WORTE DER EZLN ZUM 25. JAHRESTAG DES BEGINNS DES KRIEGES GEGEN DAS VERGESSEN



Subcomandante Moisés und weitere Angehörige der EZLN-Kommandantur während der Rede (Foto: Regeneración Radio)

Worte von Subcomandante Insurgente Moisés am 31. Dezember 2018

Compañeros, compañeras der zapatistischen Unterstützungsbasis, der autonomen zapatistischen Autoritäten, der regionalen und lokalen Komitees und Verantwortliche, compañeras und compañeros Milizionäre und Milizionärinnen, Insurgentas und Insurgentes

Durch meine Stimme spricht die Stimme der Zapatistischen Armee der Nationalen Befreiung. Ich spreche zu euch als Sprecher von euch allen, es ist meine Aufgabe, eure Stimme und euer Blick zu sein. Für uns Zapatistas ist die Stunde gekommen und wir sehen, dass wir alleine sind. Ich sage es euch ganz klar [...]: Wir sehen es so, dass wir alleine sind, wie vor 25 Jahren.

Wir sind aufgestanden, um die Menschen in Mexiko und der ganzen Welt zu wecken, alleine. Und heute, 25 Jahre später, sehen wir, dass wir wieder alleine sind. Wir haben versucht, es den Menschen zu erzählen, wir haben viele Treffen abgehalten. [...] Viele haben nicht auf uns gehört. Einige sind dabei sich zu organisieren, wir hoffen, dass sie sich weiterhin organisieren; die Mehrheit schenkte uns keine Beachtung. [...]

Was wir erreicht haben, erreichten wir durch unser Tun, durch unsere Anstrengung. Wenn wir etwas erreicht haben, liegt es an uns, und wenn wir scheitern, liegt dies auch an unseren Fehlern. Aber es ist unser Handeln, niemand hat es uns gesagt, niemand hat es uns gelehrt. Einige wollen uns lehren, sie wollen uns sagen, was wir machen müssen, wann wir sprechen sollen, wann wir nicht sprechen sollen. Wir werden nicht auf sie achten. Nur wer sich organisiert, weiß, sieht, versteht. […] Man muss auch tun, was man sagt und denkt, wir haben keine Handbücher. Was wir erschaffen wollen, lehrt uns niemand, es muss mit unserem Opfer sein, es muss mit unser Anstrengung sein, compañeros und compañeras. [...]

Es ist nicht leicht, 25 Jahre tausenden Soldaten, die den Kapitalismus schützen, entgegenzutreten, und wir haben sie hier direkt vor der Nase, in diesen Tagen. Es ist nicht leicht sich den Paramilitärs zu stellen, es ist nicht leicht den kleinen Führern entgegenzutreten, die heute alle gekauft sind von den politischen Parteien, insbesondere von dem, der an der Macht steht und der Partei, die an der Macht ist. Aber wir haben keine Angst vor ihnen.

Die Leute von außen kommen und gehen, wir sind hier, hier machen wir weiter. Jedes Mal, wenn sie kommen, kommen sie

als Tourist*innen. Aber die Misere, die Ungleichheit, die Ungerechtigkeit sind keine Tourismusattraktion. Die armen Menschen von Mexiko sterben und werden weiterhin sterben. Es ist eine Schande, dass sie demjenigen Aufmerksamkeit schenken, der die Bevölkerung von Mexiko täuscht. [...]

Wir werden uns stellen, wir werden nicht erlauben, dass sein Projekt der Zerstörung [Anm.: das Infrastrukturprojekt Tren Maya, dt.: Maya-Zug] hier geschieht, wir haben keine Angst vor seiner Nationalgarde, dessen Namen er geändert hat, um nicht Armee zu sagen, welche aber die gleichen sind, das wissen wir. [...]

Jetzt sehen wir, was auf uns, die pueblos originarios, zukommt. Diese Befragung, die sie machen, wir müssen es ganz klar sagen, ist eine Manipulation der Bevölkerung. Diese Befragung bittet um Erlaubnis durch Abstimmung, uns angreifen zu können. […] Dies ist, was die neue Regierung tut, sie führt eine Befragung durch. Damit bieten sie uns, den pueblos originarios und insbesondere der Zapatistischen Armee der Nationalen Befreiung, die Stirn, mit ihrem Tren-Maya-Mist und geben ihm auch noch den Namen unserer Vorfahren. Wir akzeptieren es nicht, dass sie ihm ihren Namen geben, es hat nichts damit zu tun. [...]

Im Laufe dieser 25 Jahre, compañeros, compañeras, Unterstützungsbasis, Frauen und Männer, Milizionärinnen und Milizionäre, haben wir in der Welt auch jene gesehen, die sagen, dass sie kämpfen, dass sie progressiv sind, andere, dass sie links sind, andere, dass sie Revolutionäre sind und nicht die leiseste Ahnung von dem Wort revolutionär haben. […] Die von außen wissen nicht wovon sie reden. Bedauerlich, dass sie trotz ihrer Studien, Karrieren und Diplome nicht wissen, was das Wort Revolution bedeutet. [...]

Wir sagen euch, dass der, der an der Macht ist, verrückt ist, schaut euch nur an, was er sagt, dass er für die Armen und für die Reichen regieren wird. […] Es ist sehr einfach, man kann nicht die Ausgebeuteten und den Ausbeuter unterstützen, man muss sich für eins von beidem entscheiden, entweder bist du beim Ausbeuter oder mit den Ausgebeuteten, aber man kann nicht mit beiden sein. […] Wie man hier, im Allerkleinsten, wo wir sind, sagt, bedeutet dies, dass er nichts gegen diese schlechte Regierung macht, die gerade an der Macht ist, oder die Mörder des compañero Galeano. Dies sagt er uns damit, ebenso wie all den anderen Getöteten. Somit ist er ohne Wirkung an der Macht.

Es gibt niemanden, der für uns, die ausgebeuteten pueblos auf dem Land und in der Stadt kämpfen wird, niemand. Niemand wird kommen, kein Mann, keine Frau; keine Gruppe, sondern es ist notwendig, dass es Frauen und Männer gibt, die sich selbst organisieren und organisieren und organisieren. Die Bevölkerung ist es, die sich organisieren muss, um sich zu befreien, oder glaubt ihr, dass der Papst kommen wird oder Trump? Noch weniger werden wir jenem glauben, der sagt, dass er die Vierte ist [Anm.d.Red.: gemeint ist die angeblich "Vierte große Transformation Mexikos"].

Es ist dasselbe, compañeros, compañeras, und ich belüge euch nicht. Damals, als er noch seine Kampagne machte, sagte er: "In der Partei, in der ich bin, werde ich nicht zulassen, dass parasitäre Nutznießer eintreten." So sagte er es; das heißt, dass er all jene, die er jetzt eingesetzt hat, nicht einsetzen wollte. Doch es sind dieselben, wie immer. Sie sind von der PAN, der PRI, sie sind grün, sie sind von der PT [dt.: Arbeitspartei]. Das ist die große Lüge, aber es scheint viele, 30 Millionen, zu geben, […] die all diese Lügen glauben, die er sagt. Und dann sagt er, dass er die Korruption bekämpfen würde, so sagt er! Dann wäre sein Regierungsministerium an erster Stelle. [...]

Vor 25 Jahren haben wir Carlos Salinas de Gortari bezwungen, der als der mächtigste Mann galt, und wir haben ihn nicht gefürchtet. […] Heute sind wir müde, wir haben viel dafür aufgewendet, um verstanden zu werden. Nur einige haben es verstanden, die meisten nicht. Aber es ist das, was wir tun konnten, compañeros und compañeras.
Wir bitten die Brüder und die Schwestern aus dem Ausland nicht, eine Waffe aufzunehmen. In 25 Jahren haben wir nicht mit Kugeln oder Bombenanschlägen gewonnen, sondern mit Widerstand und Rebellion. Damit haben wir gewonnen, deshalb konnten sie kommen und verstehen. Aber sie kamen nur, um zu gucken, nicht, um etwas für andere Brüder und Schwestern mitzunehmen, die nicht kommen konnten, weil sie nicht das Geld hatten, genau wie wir.

Wir haben keine Angst vor dem Kapitalismus, weder vor dem alten noch vor dem neuen Großgrundbesitzer.
Was auch immer sie sagen, was auch immer sie denken, wir werden uns verteidigen. Was auch immer passiert, egal was es kostet und was auch immer kommt. Wir werden uns verteidigen, wenn nötig kämpfen.

Die Veränderung, die wir wollen, ist, dass die Menschen, die Welt, Frauen und Männer eines Tages entscheiden, wie sie ihr Leben leben wollen, und nicht, dass es eine Gruppe gibt, die über das Leben von Millionen Menschen entscheidet, NEIN.
Wir sagen nichts anderes in wenigen Worten:

Die Bevölkerung regiert, die Regierung gehorcht. Dafür müssen wir kämpfen.

Sie glauben, dass wir immer noch unwissend sind, compañeros und compañeras. Aber wir sind hier, bereit, uns zu verteidigen. Für all das, was ich euch bereits gesagt habe, sind wir bereit alles zu tun, egal was kommt.

Deshalb sagen wir: Hier sind wir!
Wir sind die Zapatistische Armee der Nationalen Befreiung und wir werden hier weitermachen!

ES LEBE DIE ZAPATISTISCHE AUTONOMIE!
ES LEBEN DIE PUEBLOS ORIGINARIOS!
TOD DER SCHLECHTEN REGIERUNG!
TOD DEM KAPITALISMUS!
ES LEBE DIE ZAPATISTISCHE ARMEE DER NATIONALEN BEFREIUNG!

Kleiner Bericht von der Feier zum 25. Jahrestag der zapatistischen Erhebung



*Zapatistische Milizionär*innen während der Jubiläumsfeier (Foto: Regeneración Radio)*

Die EZLN hatte am 17.11.2018 – am 35. Jahrestag ihrer Gründung – zur Feier des 25. Jubiläums ihres Aufstandes nach „La Realidad“ eingeladen. Zusammen mit einigen hundert anderen Teilnehmenden sind wir dieser Einladung gefolgt und in den frühen Morgenstunden vom Treffen der Netzwerke in einer Karawane ins Caracol [Anm. d.Red.: autonomes Verwaltungszentrum der Zapatistas] gefahren.
Auf dem Gelände wimmelte es bereits morgens von hunderten von Teilnehmenden und es herrschte eine feierliche Stimmung. Das ohnehin bemalte Caracol wurde mit kunstvollen Transparenten geschmückt, von denen viele Subcomandante Insurgente Pedro zeigten, einen wichtigen Anführer der EZLN, der in den ersten Stunden des Aufstandes am ersten Januar 1994 erschossen wurde.
Gegen Nachmittag sammelten sich langsam die Companer@s um den Basketballplatz und die Medienaktivistas der Zapatistas sicherten sich die besten Kameraperspektiven. Kurz darauf betraten die Autoritäten der Selbstverwaltung die Bühne, vor der mit Pfeifensignalen die Massen von Milizionär*innen dirigiert wurden, die marschierend und mit Stöcken aufeinander schlagend den Platz umstellten. Als nächstes galoppierte eine kleine Gruppe auf Pferden auf den Platz, gefolgt von einer Staffel Motorräder. Nachdem die beiden Gruppen am Rand Position bezogen, marschierten über 4000 Milizionär*innen auf den Platz – es waren so viele, dass nicht alle hineinpassten. Es war eine beeindruckende Prozedur, die gut 40 Minuten dauerte.
Bei den Einheiten handelte es sich um eben jene, die vor 25 Jahren die Städte Altamirano, Oxchuc, Huixtán, Chanal, Ocosingo, Las Margaritas y San Cristóbal einnahmen, verstärkt durch Milizionär*innen der zweiten und dritten Generation, junge Zapatistas, die zum Teil erst nach dem Aufstand geboren wurden. Als der Platz restlos gefüllt war, hielt Subcomandante Moisés, Sprecher der EZLN, eine Rede: er erklärte, dass die Zapatistas auch nach 25 Jahren alleine seien, dass die meisten Menschen immer noch nicht die Bedeutung des Kampfes verstanden hätten und die Zapatistas alles, was sie geschafft haben, vor allem durch eigene Anstrengung erreicht haben. Neben der neuen Regierung wurden auch jene Linke kritisiert, die lediglich als Tourist*innen zu den Comp@s kommen (turistear), die kommen und gehen. Dennoch gäbe es auch welche, die sich organisieren würden und dies hoffentlich weiter tun.Es war auch eine kämpferische Rede, in der der Sprecher der EZLN deutlich machte, dass sie weitermachen werden, sich die Zukunft ausmalen und weiter ausprobieren.
Im Anschluss an die Rede folgte ein umfassendes Kulturprogramm mit selbstgeschriebenen Gedichten, Liedern, Tanz und einem Theaterstück der Companer@s, welches die Geschichte der EZLN bis zum Aufstand erzählte. Danach trugen viele ältere und jüngere Zapatistas ihre Beiträge vor. Da die Jubiläumsfeier vor allem auch in Gedenken an Subcomandante Insurgente Pedro stattfand, war dieser meist Inhalt der zahlreichen an ihn erinnernden Lieder und Gedichte.
Zum Neujahrsanfang um Mitternacht schließlich wurden zwei weitere Reden vom CCRI und der Junta gehalten. Abgelöst wurden diese schließlich von einem Feuerwerk zur Begrüßung des neuen Jahres. Wenig später darauf begann auf der Bühne eine Band zu spielen, auf dem Platz wurde getanzt und gefeiert. Auf dem Rückweg in eine andere Realität wurde unter den Internationalistas viel über die Rede von Moises diskutiert – wir sind gespannt auf die nächsten 25 Jahre der EZLN und hoffen darauf, dass es mehr werden, die die Zapatistas beachten, von ihnen lernen und sich ebenfalls organisieren. Auf dass es dann nicht mehr heißt: "estamos solos" (dt.: "wir sind allein").

Dorit Neumann und Leonard Beving
Gruppe B.A.S.T.A. Münster

Kommuniqué des Nationalen Indigenen Kongresses CNI (1) und des Indigenen Regierungsrates CIG (2) zum 25. Jahrestag der bewaffneten Erhebung der Zapatistischen Armee der Nationalen Befreiung

An die Zapatistische Armee der Nationalen Befreiung
An die Unterstützer*innen-Netzwerke des CIG
An die Netzwerke im Widerstand und Rebellion
An die Bevölkerung in Mexiko und der Welt
An die Kommunikationsmedien

Die Völker, Nationen und Tribus [Anm.d.Red.: Eigenbezeichnung der indigenen Gemeinschaften], die wir den Nationalen Indigenen Kongress und den indigenen Regierungsrat bilden, begruessen voller Stolz die 25-Jahr Feier der bewaffneten Erhebung der Zapatistischen Armee der Nationalen Befreiung. Seit dem 1. Januarr 1994 hat unsere Stimme aufgehört, um Almosen zu bitten, statt dessen fordern wir Gerechtigkeit und an diesem Tag begannen wir, unser Recht auszuüben und uns darin wiederzuerkennen, nicht nur in Chiapas, sondern in allen indigenen Gegenden dieses Landes. An diesem Tag begann das Schreiben eines neuen Kapitels in unserem kollektiven Leben. Mit hoch erhobener Stirn schreiten wir voran, wir sammeln die Schritte unserer Vorfahren und säen jene der zukünftigen Generationen, immer mit der Überzeugung dass wir immer Völker, Nationen und Tribus sein werden.

Durch den Krieg, der gegen uns geführt wird, haben wir uns in den zapatistischen indigenen Gemeinden reflektiert gesehen, mit dem Wissen, dass von auérhalb nur Bedrohungen gegen uns kommen und alles dient nur dazu, dass einige wenige immer reicher werden. Uns bieten sie an, dass wir auswandern sollen, unser Land verlassen sollen, sie bieten uns die Trauer um unsere Toten an, Tote durch Gewalt, durch Verschmutzung, durch Verfolgung, Gefängnis, sie bieten uns Angst und Resignation an. Wir Gemeinschaften, die den CNI bilden, wissen, wie die schlechten Regierungen funktionieren, im Namen derer, die viel haben und noch mehr, nämlich alles wollen. Wir haben uns gegen die Angriffe von Gruppen und Paramilitärs widersetzt, jetzt sind es die Narco-Paramilitärs, welche die schlechte Regierung als interne Zerstrittenheit maskiert, um behaupten zu können, dass die einen für und die anderen gegen die Auslieferung der Erde und der Naturvorkommen an die Eigentümer des Geldes seien. Wir kennen die Formen, welche die sogenannten indigenistischen Institutionen der schlechten Regierung anwenden, um unsere Menschen zu täuschen, um uns zu entzweien, was unseren Compañeros und Compañeras, welche sich für Würde, Widerstand und Rebellion entscheiden, das Leben kostet.

Das Nationale Institut der indigenen Völker INPI (3) und seine sogenannte indigenistische Politik ist nichts anderes als die Verstärkung dieses Angriffes gegen das Leben, womit sie versuchen, den Kampf der ursprünglichen Bevölkerung um Autonomie zu verwässern. Diese Gemeinden bremsen mit ihrem Kampf die Zerstörung, welche von Oben aufoktroyiert wird. Wir als CNI und unsere Compañeros des Indigenen Regierungsrates glauben nicht, was der Vorarbeiter des Kapitalismus, der behauptet, Mexiko zu regieren, sagt und wir akzeptieren keine falsche Volksbefragung wie jene, mit denen sie den Raub der indigenen und landwirtschaftlichen Territorien, unsere Ausrottung und die Verschärfung des Krieges gegen uns rechtfertigen wollen. Wir werden nicht akzeptieren, dass wir vernichtet werden, auch wenn sie Tausende oder Millionen von Stimmen herbeischaffen, welche – laut ihrer Behauptung – es so entschieden hätten. [...]

Gleichzeitig mit der Verstärkung des kapitalistischen Krieges werden wir unseren Widerstand und unsere Rebellion verstärken. Die Bergbauunternehmen, mit denen sie ihren Pakt geschlossen haben, die Megaprojekte im Isthmus von Tehuantepec, das amoralische Projekt des Maya-Zuges, die Zerstörung und Privatisierung, um industrielle Waldplantagen im lakandonischen Regenwald anzulegen und die Veräußerung des Territoriums an das große Kapital, in den sogenannten Sonderwirtschaftszonen werden sie sich der wahren Kraft, nämlich der Macht von unten gegenübersehen. Jene, die nicht aufgibt, sich nicht verkauft und nicht kapituliert, denn würden wir das tun, würde dies unseren Tod als Bevölkerung bedeuten.

Voller Respekt grüßen wir und senden eine kollektive und geschwisterliche Umarmung an das Geheime Revolutionäre Indigene Komitee – Generalkommandatur der zapatistischen Armee, an die Tausende von Milizionär*innen und an die Unterstützungsgemeinden. Wir warnen die schlechte Regierung, dass jedwede Aggression gegen sie auch eine Aggression gegen den CNI und CIG darstellt, weshalb wir die Unterstützungsnetzwerke im ganzen Land und die Netzwerke des Widerstandes und der Rebellion in Mexiko und auf der ganzen Welt aufrufen, aufzupassen und sich zu organisieren, um vereint zu handeln und eine Welt zu schaffen, in der wir alle, Männer und Frauen, leben können.

Mit besten Grüßen - Januar 2019
Nie wieder ein Mexiko ohne uns!
Koordinations- und Nachbearbeitungs-Kommission des Nationalen Indigenen Kongresses(CNI) – Indigener Regierungsrat (CIG)

(1) CNI: span.: Consejo Nacional Indígena
(2) CIG: span.: Consejo Indígena de Gobierno
(3) INPI: span.: Instituto Nacional de Pueblos Indígenas

Quelle: www.congresonacionalindigena.org

Solidaritäts- und Unterstützungsbrief für den Widerstand und die Autonomie der Zapatistas



*Zapatistische Amtsträger*innen während der Feierlichkeiten zum25. Jahrestag des Aufstands der EZLN (Foto: Regeneración Radio)*

Wir, Männer und Frauen, Intellektuelle, Akademiker*innen, Künstler*innen, Aktivist*innen und Menschen mit gutem Willen, sowie Organisationen, Vereine und Kollektive aus verschiedenen Ländern, erklären hiermit unsere Solidarität mit der Zapatistischen Nationalen Befreiungsarmee (EZLN), die sich an einem wichtigen Punkt ihrer Geschichte befindet. Wir verurteilen vehement die aktuelle Kampagne der Falschinformation, der Lügen und der üblen Nachrede, die sich gegen die zapatistische Bewegung richtet.

Für uns, so wie für viele Menschen auf der Welt, ist der zapatistische Kampf ein großes Vorbild für Widerstand, Würde, Kongruenz und politische Kreativität. Vor 25 Jahren war das „Ya basta!“ („Es reicht!“) der Zapatistas ein Ereignis von großer Tragweite und eine der ersten überzeugenden Reaktionen auf die neoliberale Globalisierung weltweit. Ihr Aufstand hat dazu beigetragen, die Ablehnung und die Kritik an einem Modell voranzutragen, das, so schien es, zu jener Zeit niemand in Frage stellte.

Ihr„Ya basta!“ war und ist zudem Ausdruck eines legitimen Kampfes der indigenen Bevölkerungen sowohl gegen die Beherrschung und Missachtung, die sie über Jahrhunderte erlitten haben und bis heute erleiden, als auch für ihre Rechte und Autonomie. Die Selbstverwaltung, die die Zapatistas - Männer und Frauen - mit ihren „Juntas de Buen Gobierno“ (Räte der guten Regierung) in den fünf „Caracoles“ (zapatistische Verwaltungszentren) in die Praxis umgesetzt haben, ist ein Vorbild für wirkliche und radikale Demokratie, das auf der ganzen Welt inspiriert und es verdient, in jeder Fakultät der Sozialwissenschaften aller Planeten gelehrt zu werden. Der Aufbau der zapatistischen Autonomie stellt für uns eine kontinuierliche, ehrliche und kritische Suche nach einem alternativen und emanzipatorischen Projekt dar - eine Suche von höchster Wichtigkeit, die sich den Herausforderungen einer Welt stellt, die im Begriff ist, in eine tiefe ökonomische, soziale, politische, ökologische und menschliche Krise zu stürzen.

Aus diesem Grund bekunden wir Besorgnis über die Situation, welcher die zapatistischen Gemeinden und die indigenen Bevölkerungen Mexikos ausgesetzt sind. Ihre Gebiete und Gemeinden werden von ökonomischen Projekten (Bergbau, Tourismus, Agrarindustrie, Infrastruktur, etc.) bedroht und angegriffen. Der Congreso Nacional Indígena (CNI) und der Concejo Indígena de Gobierno (CIG) haben diese Projekte verurteilt. Momentan bereiten uns insbesondere die großen Projekte Sorge, die die neue mexikanische Regierung vorantreibt: Der sogenannte „Corredor Transístmico“ (der transisthmische Korridor), eine interozeanische Passage, die den Pazifik mit dem Golf von Mexiko verbinden soll; ein massives Wiederaufforstungsprogramm auf einem Gebiet von einer Million Hektar; und der sogenannte “Tren Maya” („Maya-Zug“), eine Bahnstrecke auf der Halbinsel Yucatán. Vor Kurzem erst verurteilte der Sprecher der EZLN, Subcomandante Moisés, das Projekt „Tren Maya“ als eine Demütigung und Provokation, da es schwerwiegende Auswirkungen eben gerade auf die Gebiete der Maya-Bevölkerungen im Südosten Mexikos haben wird.
Neben den zerstörerischen Auswirkungen auf die Umwelt und die Explosion des Massentourismus, die das Projekt auslösen wird, besorgt uns die Eile mit der das Projekt „Tren Maya“

vorangetrieben und durch ein Pseudoritual an die Madre Tierra (Mutter Erde) begünstigt wurde. Der Sprecher der EZLN verurteilte die Feierlichkeit als eine nicht hinnehmbare Verhöhnung. Uns empört, dass auf diese Weise erneut ein Angriff auf die zapatistischen Gebiete vollzogen wird, und dass erneut die Rechte der indigenen Bevölkerung missachtet wurden. Das Recht der betroffenen indigenen Bevölkerungen auf Information und auf eine reale, freie Konsultation im Vorhinein, die die Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation sowie die Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte der indigenen Völker vorschreiben, wurde umgangen. Wir finden es äußerst beunruhigend, dass die internationalen Abkommen verletzt werden, zu denen sich Mexiko verpflichtet hat.

Wir teilen die totale Ablehnung der EZLN gegenüber der genannten und anderer Großprojekte, die schwerwiegende Auswirkungen auf die autonomen Gebiete und die Lebensformen der indigenen Bevölkerungen haben.

Wir verurteilen im Vorhinein jede Aggression gegen die zapatistischen Gemeinden, die vom mexikanischen Staat oder von (un)bewaffneten „zivilen“ Gruppen und Organisationen ausgehen.

Wir machen die mexikanische Regierung für jeden Konflikt verantwortlich, der im Rahmen der Umsetzung dieser Megaprojekte entsteht. Die Projekte stehen für ein Modell, das keine Entwicklung bedeutet, sondern für Zerstörung und fehlende Nachhaltigkeit steht, das von den höchsten Machtebenen entschieden wurde und schamlos die Rechte der indigenen Bevölkerungen verletzt.

Wir rufen die Menschen mit gutem Herzen dazu auf, die aktuelle Falschinformation sowohl über die Zapatistas als auch über die genannten Großprojekte zu durchschauen, und appellieren daran, wachsam im Bezug auf mögliche Aggressionen gegenüber der zapatistischen Gemeinden und der indigenen Bevölkerungen Mexikos zu sein.

Unterzeichner*innen:

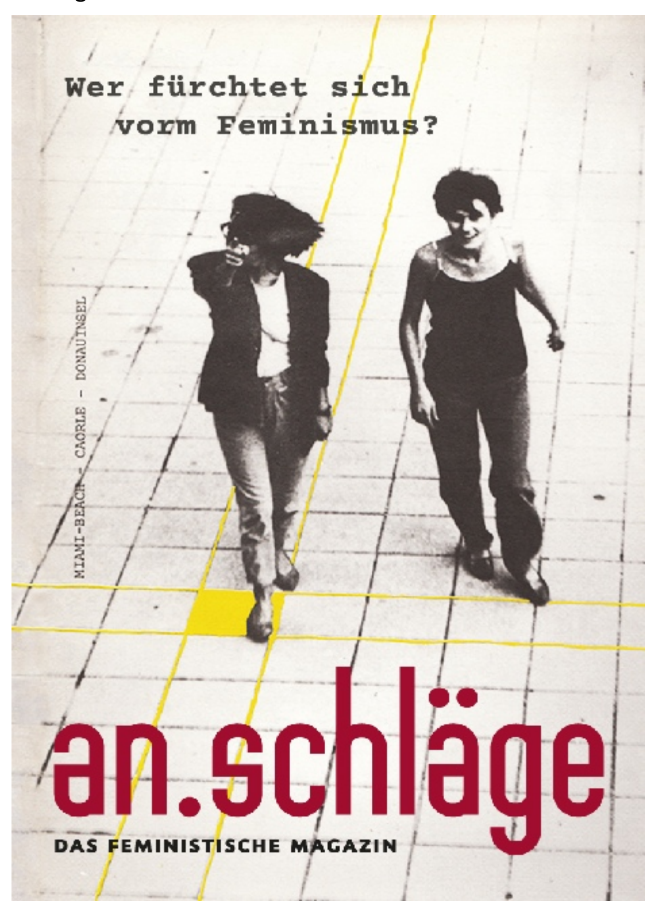
Pablo Gonzalez Casanova (Soziologe, UNAM, Mexiko), Silvia Federici (Hofstra University, Hempstead, USA), Ya-Basta-Netz und ca. 700 weitere Aktivist*innen und Kollektive aus der ganzen Welt.

Quelle: https://radiozapatista.org/?p=30142

Bericht vom „Treffen der Netzwerke im Widerstand“

Vom 26. bis zum 30. Dezember 2018 fand auf Einladung der EZLN das zweite Vernetzungstreffen „Encuentro de Redes“ als Fortführung eines ersten Treffens im August statt. Anknüpfend an das Treffen vom CNI (Congreso National Indígena, Nationaler Indigener Kongress) und dessen Unterstützungs-netzwerken im August, welches im Caracol Morelia stattfand, wurden bei diesem zweiten Treffen drei Themenblöcke bearbeitet: die Beantwortung der im August an den CNI und die Marichuy unterstützenden Netzwerke gestellten Consulta (Befragung), die Analyse der politischen Situation und die Frage „Wie weiter?“ Das Treffen ist somit Teil eines großen Organisierungsprozesses, an dem sowohl der CNI, der CIG (Consejo Indígena de Gobierno, Indigener Regierungsrat) und eine Vielzahl von Netzwerken und Organisationen beteiligt sind. Als langfristiges Ziel für diesen Prozess formulierte der CNI auf seiner Versammlung im Oktober 2018 die Bildung von eigenen Regierungsräten in Mexiko und der Welt (1).

An dem Treffen im Zentrum „Spuren der Erinnerung, Subcomandante Insurgente Pedro hat seine Aufgabe erfüllt”, in der Nähe des Dorfes Guadalupe Tepeyac, beteiligten sich rund 500 Teilnehmende aus ca. 20 mexikanischen Bundesstaaten und über 20 Ländern. Die EZLN selbst richtete die Versammlung nur aus und hörte, mit Vertreter*innen aus allen fünf Zonen, aufmerksam zu um im Anschluss das Gehörte zu studieren und intern zu diskutieren. Die Teilnehmenden verteilten sich auf fünf Tische mit jeweils knapp 100 Menschen, wo sie in den drei Tagen nach eigenem Rhythmus die drei Themenblöcke bearbeiteten. Der Tisch Nr. 1, an dem wir uns beteiligt haben, hat sich jeweils einen Tag Zeit für ein Thema genommen.



Am ersten Tag widmete sich unser Tisch entsprechend den Ergebnissen der internen Befragung. Vor dem Hintergrund dieser sieben Fragen bzw. zu beratenden Vorschläge, welche die EZLN bereits auf dem Treffen im August unterbreitete2, wurde über die Ausweitung und die Verbindung von unterschiedlichen Kämpfen auf dem Land und in den Städten diskutiert. Hierbei stand vor allem die Verbindung zwischen den Kämpfen der Indigenen und der Arbeiter*innen im Fokus, womit auch eine Veränderung des CIG einhergehen müsse, so ein Teilnehmender.

Als gemeinsame Grundlage wurde sich auf die Solidarität mit dem CNI/CIG, auf dessen sieben Prinzipien, die Sechste Erklärung aus dem lakandonischen Regenwald und eine antikapitalistische, antipatriarchale und antifaschistische Haltung geeinigt. Darüber hinaus wurde über die Möglich-keiten für und die Notwendigkeit von transparenten Kommunikationskanälen gesprochen, über die Wichtigkeit gemeinsam an einer Analyse der Verhältnisse zu arbeiten und über konkrete Handlungsvorschläge angesichts der aktuellen Situation. Viele der teilnehmenden Netzwerke hatten die Fragen in ihren Strukturen gründlich diskutiert und haben vorbereitete Papiere verlesen, andere haben sich spontan und nur zu bestimmten Fragen geäußert. Insgesamt verlief die Diskussion bei uns sehr angenehm und ganz im Sinne des sechsten Vorschlags der EZLN: „Die Analyse und Diskussion initiieren und fortsetzen, die auf die Erschaffung einer Koordination oder Föderation von Netzwerken abzielen, die die zentralisierte und vertikale Kontrolle vermeidet, und die die solidarische Unterstützung und Geschwisterlichkeit unter denen, die es bilden, nicht vorenthält“ (EZLN „300. Dritter und letzter Teil“).

Am zweiten Tag widmeten sich die Diskussionen den Analysen und Bewertungen der gegenwärtigen Verhältnisse und politischen Lage – weltweit, in Mexiko und lokal. Diese Ebenen der Analyse entsprechen dabei der Methode, die die EZLN im ersten Teil ihrer Textreihe „300“ vorgestellt hat: vom großen Ganzen hin zum kleinen. Es wurde über die Angriffe des Kapitals auf die Territorien gesprochen, über die feministische Perspektive auch den eigenen Körper als Teil des Territoriums zu betrachten und über die Gefahr des drohenden Faschismus. Von einem Mitglied der Organisation Via Campesina wurde analysiert, wie gerade sozialdemokratische Regierungen den Weg für reaktionäre Regierungen bereiten würden, woraus die internationale Linke lernen müsse, nicht auf „progressive Regierungen“ zu vertrauen – was für Mexikos Linke bedeuten muss, eine klare Opposition zur Regierung von Amlo einzunehmen.

Am dritten und letzten Tag der Diskussion stand die Frage „Wie weiter?“ im Mittelpunkt. Nun ging es darum, an den fünf Tischen konkrete Vorschläge für eine gemeinsame Organisationsstruktur, für ein Programm und einzelne Aktionen des neuen Netzes zu erarbeiten. Diese Vorschläge wurden schließlich am vierten Tag im großen Plenum präsentiert – darunter viele Ideen für konkrete Aktionen wie z.B. gegen den Tren Maya und andere Megaprojekte, Vorschläge für weitere Treffen und auch für einen gemeinsamen Namen: „Asamblea de resistencia y rebeldia“.

Generell soll, gemäß dem Vorhaben verschiedene Kämpfe zu verbinden, zu den Themenfeldern Bildung, Gesundheit, Kunst und Kultur, Territorium, Frauen, Kinder, Selbstverwaltung, solidarische Ökonomie, Ökologie und alternative Justiz gearbeitet werden. Außerdem kam häufig der Vorschlag auf eine Art Karte der Widerstände (mapeos de resistencia) zu erstellen, um einen Überblick über die einzelnen Kämpfe zu erhalten, die regional, national oder auch weltweit geführt werden. Diese Vielzahl an Vorschlägen und Ideen soll in einem nächsten Schritt zum CNI/CIG zurückgetragen und dort im Februar oder März 2019 diskutiert werden. Der Kongress wird dann darüber beraten, in welcher Form die Zusammenarbeit zwischen dem Netz und dem CNI/CIG organisiert wird.

Unter den Teilnehmenden war die Stimmung sehr gut – eine Compañera aus Michoacán war beeindruckt von der Vielfalt unter den Anwesenden und nahm dieses zweite Treffen bereits als eingespielter wahr als das erste und als ein „Wiedersehen", welches Mut mache. Auch eine Lehrerin aus Mexiko-Stadt freute sich über die Pluralität auf dem Treffen und betonte besonders die Anwesenheit einiger Gewerkschaften, die ihr bisher gefehlt hätte.

Obwohl die Diskussionen an den Tischen intensiv waren, war es auch ein Treffen voller wertvoller Pausen und Zwischenräume für Austausch und Vernetzung. Neben den eigentlichen AGs gab es somit Versammlungen von Frauen*, von Lehrer*innen und auch von Europäer*innen: Es wurden Kontakte ausgetauscht, Verabredungen getroffen und Analysen und Strategien diskutiert. Besonders eindrücklich haben sich die Frauen organisiert, die gemeinsam das Netzwerk „La Caracola" gegründet haben. Auf ihren Treffen nach den Diskussionsrunden haben sie sich über den Machismo in den eigenen Reihen ausgetauscht und sich für eine feministische Perspektive stark gemacht. Bei der Vorstellung der Ergebnisse der fünf Tische traten die Aktivistinnen von „La Caracola" auf die Bühne und verlasen ein gemeinsames Gründungspapier mit eigenen Forderungen: „Nunca más una lucha sin nosotras!" (Nie wieder ein Kampf ohne uns!)

Auch wenn es bei den Abschlusspräsentationen unterschiedliche Vorschläge für einen Namen des Netzes gab, haben diese Vorschläge doch gemeinsam, dass es sich nicht länger um „redes de apoyo" (Unterstützungsnetzwerke) für den CNI/CIG handelt, sondern um „redes de resistencia y rebeldia" (Netze der Widerstände und Rebellion). Diese Umbenennung symbolisiert damit auch eine Veränderung des Charakters der Netzwerke hin zu einer kollektiven Praxis und stärkerer Zusammenarbeit der einzelnen Netze und des CNI/CIG. Es bleibt spannend, wie dieser Organisierungsprozess weiter verläuft. Klar ist: La lucha sigue!

Leonard Beving und Dorit Neumann
Gruppe B.A.S.T.A. Münster

Mexikos neuer Präsident ist kein Linker

Fünf Monate hat Mexikos gewählter Präsident bereits faktisch mitregiert. Am 1. Dezember 2018 hat Andrés Manuel López Obrador, kurz Amlo, nun auch offiziell sein Amt übernommen. Gleich nachdem ihm die Mexikaner*innen am 1. Juli mehrheitlich ihre Stimmen gegeben haben, legte der 64-Jährige los. Seine Vertreter diskutierten mit, als es galt, mit US-Präsident Trump einen neuen Freihandelsvertrag zu vereinbaren. Amlo initiierte Foren, auf denen Angehörige von Gewaltopfern mit künftigen Regierungsmitgliedern über die katastrophale Menschenrechtslage sprachen. Seine Morena-Partei (Movimiento Regeneración Nacional) organisierte Volksbefragungen, in denen das Ende eines im Bau befindlichen Flughafens beschlossen wurde. Niemand interessierte sich noch für seinen regierenden Vorgänger Enrique Peña Nieto von der ehemaligen Staatspartei PRI (Partido Revolucionario Institucional). Amlo stahl ihm die Show.

AMLO hat allen alles versprochen

Dazu gehört nicht viel. 125.000 Menschen sind in Peña Nietos Amtszeit ermordet worden, Zigtausende verschwunden. Der Drogenkrieg ging in unverminderter Härte weiter, die Lebenshaltungskosten stiegen immens. Zudem war er in einen Korruptionsskandal verwickelt und verhinderte gezielt, dass die Rolle von Soldaten und Bundespolizisten bei der Verschleppung von 43 Studenten des Lehrerseminars Ayotzinapa aufgeklärt wird. Peña Nietos Beliebtheitsgrad war vor den Wahlen in den einstelligen Bereich gesunken. Das sind die Gründe dafür, dass López Obrador 53 Prozent aller Stimmen gewinnen konnte und seine Morena-Partei Parlament und Senat dominiert. Er hat allen alles versprochen: den Opferangehörigen, dass ihre Fälle aufgeklärt und die Straflosigkeit beendet wird; indigenen Gemeinden, dass sie über die Nutzung ihres Lebensraumes bestimmen können: Unternehmern, dass sie weiterhin zum Zug kommen, internationalen Investoren, dass sie in ihren Fabriken günstig produzieren können. Und dass Korruption und Militarisierung des Landes beendet werden. Das Militär werde zu einer „Friedensarmee“, behauptete er.

Nein, López Obrador ist kein Linker. Auch wenn aufgeregte Konservative ihn mit Venezuelas Ex-Präsident Hugo Chávez vergleichen und linke Aktivist*innen ihn gern so gesehen hätten. Amlo glaubt an einen ehrlichen Kapitalismus, seine Beliebtheit ist nicht zuletzt auf seine protestantische Ethik zurückzuführen. Man hält ihn für eine ehrliche Haut, und in der Tat ist er einer der wenigen hochrangigen Politiker, dem keine Korruption vorgeworfen werden kann. Er will nicht in den Präsidentenpalast einziehen, verzichtet auf die Hälfte seines Gehalts und eine militärische Leibgarde. Diese Austerität fordert er auch von der Verwaltung. Wer dem Volk dient, muss künftig sechs Tage die Woche arbeiten und auf Privilegien wie eine bessere Sozialversicherung verzichten. Viele Stellen des aufgeblähten Apparats sollen abgebaut werden. Die Aufregung, die das unter staatlichen Angestellten hervorruft, gehört zu den kleineren Problemen, die Amlo haben wird. Der Versuch, Unternehmerinteressen und die Respektierung der Menschenrechte unter einen Hut zu bekommen, wird seine Amtszeit dominieren. Um Arbeitsplätze zu schaffen, will er wirtschaftliche Sonderzonen für internationale Investor*innen entwickeln. Indigene Gemeinden wehren sich schon lange gegen solche Projekte auf ihrem Boden. Für linke Basisorganisationen ist das ein Grund, ihm den Rücken zu kehren, denn Weltmarktfabriken, Bergbau- und andere Megaprojekte führen oft zu Menschenrechtsverletzungen.

Amlo kommt aus der alten PRI-Schule

Zugleich lässt der Politiker noch vor Amtsantritt entscheiden, dass ein Flughafen nicht gebaut wird – per Volksbefragung ohne verfassungsrechtliche Legitimität. Unternehmer, die bereits Millionen investiert haben, stehen Kopf. Indigene und Linke, denen das Projekt schon lange ein Dorn im Auge ist, sind dagegen zufrieden. Angesichts der parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse kann López Obrador tun, was er will. Zumindest, solange die Morena-Partei mitmacht, die ihre Existenz im Wesentlichen ihm verdankt. Das birgt große Gefahren, zumal Amlos Legitimität vor allem eine moralische ist. Viele haben ihn gewählt, weil sie ihn für einen guten Menschen halten, der das Beste für seine Bevölkerung will. AMLO kommt aus der alten PRI-Schule, einer autoritären Struktur, in der demokratische Entscheidungsfindungen keine Rolle spielen. Auch er ließ bislang nicht erkennen, dass er darauf Wert legt. Menschenrechtsverletzungen sollen konsequenter verfolgt werden, weil er oder „das Volk“ es will, nicht weil eine demokratische Institution das einklagt. Wer seine Forderungen durchsetzen will, ob Flughafengegner oder Investoren, muss sich mit dem Präsidenten gut stellen.

Militäreinheit gegen Kriminalität

Die Konsequenzen dieser Haltung sind schon jetzt zu spüren. So weigert sich Amlo, der Generalstaatsanwaltschaft einen autonomen Status zuzugestehen – deren Regierungsnähe blockierte alle Ermittlungen über das Verschwinden der Ayotzinapa-Studenten. López Obrador will stattdessen für diesen Fall eine Wahrheitskommission ins Leben rufen. Zugleich wird er entgegen seinen eigenen Versprechen das Land weiter militarisieren und eine neue, 50.000 Personen starke militärische Einheit gründen, die gegen die kriminellen Kartelle vorgehen soll.

Indigene, soziale, feministische und andere Bewegungen werden also weiter Druck machen müssen, um ihre Anliegen durchzusetzen. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger dürfte Amlo ein offenes Ohr für deren Forderungen haben, zumal einige Vertreter*innen seiner Regierung diesen Gruppen nahestehen. Die zweite gute Nachricht: López Obrador ist kein aufgeregter Demagoge wie Chávez. Er wird nicht versuchen, Widersprüche zuzuspitzen, und bestenfalls für mehr Gerechtigkeit sorgen. In einem Land, das durch den Terror der organisierten Kriminalität und andere strukturelle Gewalt ständig zu explodieren droht, hat das fast etwas Beruhigendes.

Wolf-Dieter Vogel / Poonal v. 5.12.2018 / www.npla.de

Zepter und Neoindigenismus

Der Amtsantritt von Andrés Manuel López Obrador als Präsident war gleichzeitig republikanisches Ritual und Spektakel in mehreren Akten. Die Inszenierungen waren zahlreich und langgezogen. Ich zähle einige auf: Die Amtsübergabe im Parlamentsgebäude San Lázaro, Entgegennahme eines „Kommandostabes“ (bastón de mando) durch Indígenas, die allgemeine Freigabe des Präsidentenpalastes Los Pinos für die Bevölkerung, das Essen mit (internationalen) Regierungsvertreter*innen, die Fahrt (zur Amtsübergabe) in einem bescheidenen weißen Jetta, das Gespräch mit einem Fahrradfahrer und die Musikveranstaltung. Tausende Personen nahmen an den verschiedenen Zeremonien und Galas teil. Festlich gestimmt wurden sie zu Akteur*innen eines historischen Datums: der Beginn der sogenannten Vierten Transformation. Sie „besetzten“ die Straßen und öffentlichen Plätze in Mexiko-Stadt. Nicht um zu protestieren, sondern um zu feiern.

Unter den zahlreichen Akten sticht einer hervor: die Übergabe eines Kommandostabes an den neuen Präsidenten durch indigene Führungspersönlichkeiten. Es war eine Zeremonie "sui generis" (für den Anlass erfunden). Mit dem Anrufen der vier Himmelsrichtungen, Amuletten, Gebeten und Baumharz.

Pakt zwischen Regierungschef und auserwählten Indigenen

Andrés Manuel López Obrador ist nicht der erste Präsident, dem ein Kommandostabes übergeben wird. Wie der Historiker Harim B. Gutiérrez in Erinnerung ruft, ist die politische Verwendung des Stabs in den Wahlkampagnen der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zur Gewohnheit geworden. Der PRI-Präsidentschaftskandidat Adolfo López Mateos nahm ihn 1957 in Guelatao, Oaxaca, entgegen. Ähnlich war es mit den amtierenden Präsidenten, wie 1978 im Fall von López Portillo, dem der Stab in Temoaya übergeben wurde. Es ist ein Austausch politischer Gefälligkeiten: die Kandidat*innen und Mandatsträger*innen bekommen Legitimität und die indigenen Gemeinde die Chance auf Baumaßnahmen und Finanzzuweisungen. Seit damals hat sich der Pakt mit den jeweiligen Kandidat*innen und Regierungschefs wiederholt.

Dennoch verfügte die Übergabe des Stabes diesmal über eine andere Bühne und einen anderen Ablauf: Sie fand auf dem Zócalo, dem zentralen Platz der Hauptstadt statt, im Namen „einer Vertretung der 68 indigenen Völker Mexikos, koordiniert von der Nationalen Behörde der Indigenen Völker (INPI)“. Der Virus ist im Umlauf und ansteckend. So wie der Unternehmer Claudio X. González und sein NGO-Netzwerk vorgeben, im Namen der Zivilgesellschaft zu sprechen, präsentieren sich einige indigene Führungspersönlichkeiten der neuen Regierung als die Repräsentant*innen aller Ursprungsvölker.

Indigene Zeremonie ohne CNI

Ganz offensichtlich vertreten diejenigen, die dem neuen Präsidenten den Stab gaben, nicht die Gesamtheit der Indígenas in Mexiko. Sie repräsentieren sich selbst, und in einigen Fällen ihre Gemeinden und Organisationen. Sie sprechen nicht für die Gesamtheit der Bewegung, sondern für eine ihrer Strömungen, die ihren Platz innerhalb der INPI suchen. So nahm der Nationale Indigena-Kongress CNI (Congreso Nacional Indígena), das wichtigste Netzwerk der indigenen Welt in Mexiko, schlichtweg nicht an dieser Zeremonie teil.

Die Idee selbst, die eines einzigen Kommandostabes, der die Gesamtheit der indigenen Völker des Landes vertritt, ist von vielen indigenen Intellektuellen und Gemeindeautoritäten kritisiert worden. Es handelt sich um eine Erfindung. Die Stäbe sind Autoritätssymbole einer Dorfgemeinde, eines Stammes oder einer (indigenen) Nation.

Jaime Martínez Luna, einer der brillantesten zapotekischen Intellektuellen, zusammen mit anderen Schöpfer des Konzeptes der Kommunalität, schrieb über die Zeremonie (die er als „Performance“ bezeichnete): „Wer ihn dem neuen Präsidenten der Nation bei dieser Gelegenheit übergibt, repräsentiert niemanden. Er weiß es, und der Präsident weiß es. Und wir, die wir ein in der Wirklichkeit nicht existierendes Ritual für eine nicht existierende Nation sehen werden, wissen es ebenfalls.“

Jagd nach Posten und Ressourcen

Unter denen, die an dem Gelegenheitsritus teilnahmen, gibt es herausragende soziale Aktivist*innen. Die Arbeit von Carmen Santiago und ihrer Organisation Flor y Canto (Blüte und Gesang) in Oaxaca ist beispielhaft. Aber viele andere der Teilnehmer*innen gehören einer Gruppe professioneller Indígena-Vertreter*innen in Regierungseinrichtungen an. Seit 2000 beschäftigen sie sich mit der Jagd nach Posten und Ressourcen. Und während sich soziale (indigene) Kämpfe wie die in Oxchuc, Chiapas, oder Ayutla, Guerrero, entwickeln, setzen sie darauf, die Ansprechpartner*innen der originären Völker im Kontext der „Vierten Transformation“ zu werden.

Die Amtseinführungsfeier auf dem Zócalo brachte die indigene Welt ins Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit. Das, was ein großes Ereignis hätte sein müssen, endete verfälscht, denn der Charakter war folkloristisch. Die Kultur und Spiritualität der originären Völker wurde trivialisiert, eingespannt für die Macht. Der neue Präsident hatte die Veranstaltung nicht nötig. Seit seinen ersten Schritten in der indigenistischen Politik in der Region Chontalpa hat er von der staatlichen Seite aus einen tiefgehenden Eindruck von der Situation bekommen, in der die Gemeinden leben. Warum also die Inszenierung? Der Vorgang kann nur aus der Logik des Neoindigenismus verstanden werden, der die Durchführung von Megaprojekten in Territorien der originären Völker begleitet und rechtfertigt. Auch wenn dies nicht zugegeben wird: Für die neue Regierung sind die Indigenen Objekte einer Armutsbekämpfungspolitik, aber keine Subjekte mit Rechten. Vor allen Dingen nicht mit dem Recht auf Selbstbestimmung. Um dies festzustellen, reicht es, zu sehen, wie das INPI gegründet und aufgestellt wurde, wie die Gesetzesinitiative für die landwirtschaftliche Entwicklung von Senator Monreal zustande kam oder wie hinsichtlich der Erfüllung der Abkommen von San Andrés Schweigen herrscht.

Luis Hernández Navarro / La Jornada / Poonal 4.12.2018

Kritik an "Maya-Zug" in Mexiko

Hamburg/Mexiko-Stadt. Ein Infrastrukturprojekt der mexikanischen Regierung im indigen geprägten Süden des Landes sorgt weiter für Kritik. Der geplante "Maya-Zug" bedrohe die Regenwälder auf der Halbinsel Yucatan, schreibt der deutsche Verein Rettet den Regenwald. Die neue Zugstrecke solle Touristen von der karibischen Küste aus Cancún zu den archäologischen Pyramidenstätten im Landesinneren bringen. Rettet den Regenwald will dagegen Unterschriften sammeln, um dem "unsinnigen Prestigeprojekt im Urwald eine Absage" zu erteilen.

Der sogenannte Maya-Zug mit geschätzten Baukosten von umgerechnet sieben Milliarden Euro bringe dem armen Süden des Landes Entwicklung, verspricht Präsident Obrador. Mit bis zu 160 Kilometer pro Stunde soll der Zug Urlauber von den Badeorten Cancún und der Riviera Maya an der karibischen Küste zu den archäologischen Pyramidenstätten wie Palenque im Landesinneren befördern.

"Die geplante 1.525 Kilometer lange Zugtrasse soll dazu quer durch einzigartige Regenwaldgebiete in fünf mexikanischen Bundesstaaten gebaut werden. Die Länge entspricht ungefähr der Distanz zwischen Hamburg und Rom", schreibt Rettet den Regenwald.

Zufahrtspisten für schwere Maschinen und Baumaterialien sowie Arbeitersiedlungen müssten in die sensiblen Ökosysteme geschlagen, Millionen Tonnen Erdreich und Gestein bewegt sowie Unmengen Beton und Stahl verbaut werden.

"Die Zugstrecke droht Biosphärenreservate der Selva Maya zu durchschneiden, Heimat von Jaguar, Tapir und Brüllaffe", heißt es in der Erklärung. Die Arten benötigten große zusammenhängende Waldgebiete, um sich bewegen, ernähren und vermehren zu können.

Der Bau einiger Tunnel und Brücken reiche nicht aus, um den Tierarten ihre Wanderungen zu ermöglichen. Auch die Gemeinden der indigenen Maya auf der Halbinsel Yucatan sind von dem Projekt betroffen - und lehnen es daher ab.

"Der Maya-Zug hat weder etwas mit den indigenen Maya zu tun, noch nützt der Massentourismus der Maya-Bevölkerung. Wir wollen kein neues Cancún oder Rivera Maya sein, wo internationale Hotelketten, Reiseunternehmen und Restaurantketten die einzigen Begünstigten sind", zitiert der Verein aus einem Brief von Bewohner*innen der Region an den mexikanischen Präsidenten López Obrador.

Laut Umfragen befürworten 80 Prozent der Mexikaner*innen das Großprojekt. Aussagen der Regierung zufolge soll es Konzessionen für den Tourismus sowie Güter- und Personenverkehr geben. Von einem Auftragsvolumen von ca. 325 Millionen Euro ist die Rede. Dieses soll mehrheitlich aus der Privatwirtschaft erbracht werden, da die staatlichen Mittel nicht ausreichen. Der Regionaldirektor von Siemens hat bereits Interesse an dem Projekt vermeldet. Der zweitgrößte Zughersteller der Welt könne von der Energieerzeugung über den Schienenbau bis hin zur Lieferung vollautomatisierter Züge den kompletten Bedarf abdecken.

Redaktion amerika21, 24.1.2019

Protestaktion unter: www.regenwald.org

Geplante Nationalgarde sorgt in Mexiko für Kritik

Mexiko-Stadt. Eine Nationalgarde soll in Mexiko künftig für mehr Sicherheit sorgen. Das sieht der Nationale Plan für Sicherheit und Frieden 2018-2024 vor, den der neue Staatschef Andrés Manuel Lopéz Obrador umsetzen will. Dafür erntet er viel Kritik. Amlo treibe eine Militarisierung der öffentlichen Sicherheit voran.

Die neue Einheit soll laut Amlos Sicherheitsplan künftig ein "rechtliches Vakuum" füllen. Die militärisch strukturierte Nationalgarde solle eine Rechtsgrundlage bekommen, um polizeiliche Aufgaben zu übernehmen. Die bisherige nationale Polizei, die Policía Federal, würde dann eingegliedert werden. Die Regierung sieht in der Einheit eine "professionelle polizeiliche Institution zur Bekämpfung von Unsicherheit und Gewalt". Bestehen soll die Nationalgarde dabei überwiegend aus Mitgliedern des Militärs und der Marine. Das Oberkommando bekäme ebenfalls vorerst das Militär.

Bei vielen Expert*innen und Menschenrechtler*innen sorgt dieser Schritt für Unmut. Die mexikanische Bürgerrechts-Organisation "Causa en Comun" schreibt in einem Kommuniqué, dass die Nationalgarde in der vorgesehenen Form die Sicherheitsprobleme im Land nicht lösen werde. "Es ist klar, dass der Gedanke der Guardia Nacional ein militärischer ist. Sie als zivil zu bezeichnen wird die latenten Risiken der Einsätze für die innere Sicherheit, wie Menschenrechtsverletzungen, Straflosigkeit und fehlende Transparenz nicht mindern." Solange das Verteidigungsministerium die Befehlsgewalt über die Nationalgarde habe, sei die Polizeieinheit auch militärisch.

Der Präsident der Nationalen Kommission der Menschenrechte, Luis Raúl González, gestand ein, dass Mexiko "mehr und bessere Sicherheit“ brauche. Allerdings "nicht um jedem Preis und nicht auf jede Art".

"Die Streitkräfte dieses Landes sind für den Krieg gemacht, nicht für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit. Sie verletzen die Menschenrechte und werden nicht strafrechtlich verfolgt", kritisierte die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch. Der Gouverneur des Bundesstaates Michoacán, Silvano Aureoles, signalisierte auf der Nationalkonferenz der Gouverneure zwar Zustimmung für die neue Truppe, warnte jedoch, "der Gedanke, dass wir die Probleme mit der öffentlichen Sicherheit mithilfe des Militärs und der Marine lösen, ist falsch." Man müsse die Befehlsgewalt über die Nationalgarde an zivile Institutionen geben.



Mexikanische Soldaten mit deutschen G-36-Gewehren von Heckler & Koch

Laut Regierung wolle man sich bei dem Vorhaben an den Modellen aus Spanien, Frankreich und Italien orientieren. Auch dort gibt es Polizeieinheiten, die einen militärischen Charakter haben.

Der Unterschied: In Europa gibt es neben der von Militär kontrollierten Nationalgarde oder Gendarmerie immer auch noch eine zivile Nationalpolizei. Deshalb sei die mexikanische Nationalgarde damit nicht vergleichbar, führte der Historiker Lorenzo Meyer aus. In Mexiko versuche man die nationale Polizeieinheit in die Nationalgarde einzugliedern. "Man will dem Militär etwas geben, was man ihm noch nie gegeben hat: Macht, Autonomie, Budget, territoriale Kontrolle, Selbstregulierung, eigene Angelegenheiten und Dauerhaftigkeit."

Doch damit die Streitkräfte überhaupt rechtlich in der Lage sind, die geplanten Aufgaben zu übernehmen, müsste es erst eine Verfassungsreform geben. Bisher sieht der Artikel 21 der Verfassung vor, dass die öffentliche Sicherheit Aufgabe von zivilen Autoritäten ist, die einen polizeilichen Charakter haben. Das Militär darf sich nur unterstützend beteiligen.

Die Verfassungsreform hat die mexikanische Abgeordneten-Kammer am vergangenen 16. Januar 2019 bereits mit großer Mehrheit zugestimmt und an den Senat weitergeleitet. Im Entwurf wurden dabei jedoch einige Änderungen vorgenommen, die jetzt für Unzufriedenheit in der Regierung sorgen. Konkret geht es dabei um die Befugnisse der Streitkräfte in die innere Sicherheit einzugreifen. Es sei ein Artikel aus dem Vorschlag eliminiert worden, der festlegte, dass das Militär vorübergehend das Kommando über die neue Polizeieinheit erhalten würde.

"Der Artikel wurde eliminiert, also bleibt alles beim Alten, als wäre es eine Neuauflage der Policía Federal, von der jeder wusste, dass sie nicht funktioniert", wandte sich Lopéz Obrador an die Senatoren. Ein Senator der Partei der Nationalen Aktion (PAN) warf der Regierungspartei Morena vor, sie wolle einen "Blanko-Scheck" für die neue Truppe.

Seit dem Jahr 2000 wurde das Militär in Mexiko verstärkt "zur Wahrung der inneren Sicherheit" eingesetzt. Unter den Präsidenten Felipe Calderón, der den Drogenkrieg ausrief, und seinem Nachfolger Enrique Peña Nieto wurden die Streitkräfte auch zur Verbrechensbekämpfung eingesetzt.

Polizei und Militär werden in Mexiko immer wieder mit Entführungsfällen, Folter und Morden in Verbindung gebracht, es herrscht weitestgehend Straflosigkeit. Lopéz Obrador hatte im Wahlkampf damit geworben, gegen die Kriminalität im Land massiv vorgehen zu wollen.

Leon Kaschel / amerika21, 31.01.2019

Unmut in Mexiko über Deal mit Nestlé



Auch beim Kaffee-Anbau autonom: Zapatistas beim Kaffee-Sortieren (Foto: Aroma Zapatista)

Mexiko-Stadt. Der vom mexikanischen Präsidenten Andrés Manuel López Obrador (Amlo) verkündete Deal mit dem Schweizer Unternehmen Nestlé wird von Kaffeebauern- und bäuerinnen massiv kritisiert. Wie López Obrador im Dezember 2018 bekanntgab, will der weltgrößte Nahrungsmittelkonzern eine 154 Millionen-US-Dollar teure Produktionsstätte im für Kaffeeanbau bekannten Bundesstaat Veracruz errichten. Dort sollen künftig 20.000 Tonnen Kaffee jährlich verarbeitet werden und 10.000 Arbeitsplätze geschaffen werden.

Kleinbäuerliche Vereinigungen protestieren gegen das Vorhaben und prangern an, dass Nestlé in Mexiko und weltweit seit Jahrzehnten Arbeiter*innen ausbeute. Regionale Organisationen verweisen auch auf Erfahrungen, die mit anderen transnationalen Unternehmen wie Starbucks gemacht worden waren. Sie kritisierten zudem, dass die Interessen der kleinbäuerlichen Bevölkerung nicht in Betracht gezogen würden. [...]

Der Sprecher des Kaffee-Regionalrats in Coatepec, Cirilo Elotlán Díaz, kritisierte in einer Pressemitteilung, der Nestlé-Plan widerspreche López Obradors Ankündigungen, die lokale Produktion zu unterstützen. Während der Präsident die Millioneninvestition als Errungenschaft pries, würden im Budget für 2019 gleichzeitig neun Programme zur Förderung von Kleinbauern und -bäuerinnen gekürzt.

Die NGO "Educa" (www.educaoaxaca.org) veröffentlichte auf ihrer Website einen halbstündigen Audiobeitrag unter dem Titel "Der dunkle und bittere Beigeschmack des Nestlé-Plans". Darin wird ausgeführt, dass der Konzern den Anbau gentechnisch manipulierter Pflanzen fördere, um den Ertrag zu erhöhen – dies gehe auf Kosten der Qualität und der Umwelt. In mehreren Videos wird zudem ausführlich über die Lebens- und Arbeitsbedingungen und den Widerstand der Kaffeebauern berichtet.

Christina Bell, amerika21, 3.2.2019

Wasser für Alle! Autonome Trinkwasserprojekte in Chiapas

Liebe Leser*innen der Tierra y Libertad,

CATAS ist ein Kollektiv von Menschen, die zum Teil schon seit 1995 im zapatistischen Territorium arbeiten und seither in zahlreichen Gemeinden zusammen mit den Menschen vor Ort Trinkwasserprojekte realisiert haben. Wir haben mit einigen Compas im Ya-Basta-Netz zur Unterstützung die Initiative agua para tod@s ins Leben gerufen (https://agua-para-todas.org), über die wir seither regelmäßig gespendete Gelder an CATAS weiterleiten.

Im Jahr 2012 hat CATAS den gemeinnützigen Verein »Aguacero AC« (http://aguacero.net) gegründet, unter anderem um die Finanzierung von Projekten zu erleichtern. Die CATAS-Leute selbst arbeiten ehrenamtlich und unterbrechen ihre Arbeit in Chiapas immer wieder, um anderswo lohnarbeiten zu gehen und so ihre eigenen Lebenshaltungskosten zu bestreiten und ihre weitere Solidaritätsarbeit zu finanzieren. Um nun zumindest die laufenden Kosten besser decken zu können, läuft noch bis März eine Spendenaktion unter: www.leetchi.com/c/apoya-el-trabajo-de-aguacero-agua-y-salud-comunitaria-en-chiapas

Auf den zuvor genannten Websites könnt ihr euch genauer über die Arbeit von CATAS/Aguacero informieren. Wer eine Spendenquittung benötigt, kann auch jederzeit auf unser Spendenkonto überweisen (in diesem Fall bitte mit einer kurzen Mail an agua-para-todas@riseup.net):

Kontoinhaber: Partner Südmexikos e.V., Volksbank Böblingen,
IBAN: DE30 6039 0000 0459 3900 07, BIC: GENODES1BBV,
Stichwort: "WASSER - aguaCERO 2019"

Katja

Willkommen bei dieser Sammelaktion für unsere Arbeit in Chiapas, Mexiko, die wir hier vorstellen möchten:

»AGUACERO Tecnología y Salud Comunitaria AC« ist ein mexikanischer gemeinnütziger Verein, der 2012 in der Stadt San Cristóbal de Las Casas in Chiapas gegründet wurde.

Unser Kollektiv setzt sich aus Personen zusammen, die sich bereits seit 1995 der Installation von Trinkwassersystemen und der Umsetzung weiterer Projekte mit geeigneten Technologien in indigenen Gemeinden widmen, in denen die finanziellen Mittel rar sind und die weder Zugang zur Wasserversorgung noch zu Regierungsprogrammen haben.

Uns geht es vor allem darum, die Menschen vor Ort bei der Lösung ihrer Problematik bezüglich des Zugangs zu Trinkwasser zu begleiten, das ein Lebensrecht ist und eine grundlegende Rolle spielt, um schweren Krankheiten vorzubeugen. In all diesen Jahren waren wir, die Menschen in aguacero, an der Umsetzung praktikabler, funktionaler und leicht zu handhabender hydraulischer Systeme beteiligt, die mit der aktiven Partizipation, der Ausbildung und der Arbeitskraft der Gemeinden realisiert wurden.

Unsere Arbeit charakterisiert sich durch das grundlegende Ziel, durch solidarisches Handeln die Autonomieprozesse der indigenen bäuerlichen Gemeinschaften zu unterstützen und zur Verbesserung ihrer Lebensbedingungen beizutragen, indem wir integrative Modelle zur lokalen Entwicklung anstoßen, die die soziale Gerechtigkeit und den Umweltschutz fördern.

Für 2019 sind bereits drei neue Projekte geplant, in denen die Trinkwasserversorgung und die Verbesserung der Wasserqualität in drei indigenen Dörfern im Vordergrund stehen. Dafür sind wir momentan auf der Suche nach Finanzierungsmöglichkeiten.

Um die Arbeit unseres gemeinnützigen Vereins fortführen zu können, benötigen wir jedoch auch finanzielle Mittel, die im Rahmen von Projektfinanzierungen häufig nicht berücksichtigt werden.

Wenn du unsere Arbeit unterstützen möchtest, kannst auch du dazu beitragen, die bei der Ausübung unserer Tätigkeiten anfallenden Kosten zu decken, und dich hier mit deiner Spende aktiv an den Projekten von aguacero beteiligen.

Pro Jahr fallen im Durchschnitt mindestens die folgenden Kosten an:

Verwaltungskosten: 6 000 MXN
Bankgebühren: 9 360 MXN
Fahrzeugwartung: 30 000 MXN
Durchführbarkeitsstudien: 18 000 MXN
Miete für Material- und Werkzeuglager: 42 000 MXN
Gesamt: 105 360 MXN / 5 018 EUR

Deine Spende, ganz gleich in welcher Höhe, kann ein wertvoller Tropfen im Wasserstrom sein, der fröhlich aus dem Wasserhahn sprudelt, wenn Menschen, die ihr Leben lang nicht ohne Weiteres auf das zugreifen konnten, was seit 28. Juli 2010 durch die Resolution 64/292 der Generalversammlung der Vereinten Nationen explizit als Menschenrecht anerkannt ist, endlich einen Wasseranschluss zuhause haben.

Danke an euch alle! CATAS & Aguacero



Zapatistas und CATAS beim Bau eines Wassersystems

Streik in Mexikos Weltmarktfabriken

Dass in Maquiladoras, den lateinamerikanischen „Weltmarktfabriken", gestreikt wird, ist eine Seltenheit. Es ist kaum möglich, dass sich in den oft grenznahen Montagefabriken die Arbeiter*innen überhaupt gewerkschaftlich oder autonom organisieren. Neben den Grenzstädten (zu den USA) Ciudad Juarez und Tijuana ist Matamoros in Tamaupilas, die Zwillingsstadt des texanischen Brownsville der mexikanische Hauptstandort der Maquiladoras. Über eine Millionen Arbeiter*innen schuften an der mexikanisch-US-amerikanischen Grenze in 3.000 solcher Fabriken. In Matamoros arbeiten etwa 80.000 Menschen in 122 Maquiladoras.

Hier haben am 12. Januar 2019 2.000 Arbeiter*innen auf einer Generalversammlung einen spontanen, nicht-gewerkschaftlichen Streik beschlossen. Die Anwesenden wandten sich dabei gegen die verhasste Gewerkschaft der Arbeiter und Industriearbeiter der Maquiladora-Industrie (SJOIIM) und vereinbarten, Vertreter aus ihren Fabriken zu wählen, um ihren Kampf außerhalb der Kontrolle der Gewerkschaft zu führen. Eine Woche zuvor hatte Donald Trump in Brownsville erneut gegen Latin@s und Mexikaner*innen gehetzt und seine rassistische Politik bekräftigt. Am 22. Januar 2019 streikten offenbar 70.000 Arbeiter*innen in 45 Fabriken.

Gefordert wird eine 20-prozentige Lohnerhöhung, eine Einmalzahlung von 30.000 Pesos (knapp 1.400 EUR) und die Rückkehr zur 40-Stunden-Woche. Zu den bestreikten Unternehmen zählen Inteva, STC, Polytech, Kemet, Tyco, Parker, AFX und Autoliv. Branchennahe Publikationen befürchten, dass sich die Streikwelle auf Tijuana, Mexicali und Ciudad Juarez ausbreiten könnte. Nicht ganz zu Unrecht: Am 13. Januar folgte im Bundesstaat Sonora ein Streik von 2.000 Maquiladora-Arbeiter*innen.

Der Streik richtet sich auch gegen die größte Gewerkschaft der Maquiladora-Arbeiter*innen, das Sindicato de Jornaleros y Obreros Industriales y de La Industria Maquiladora (SJOIIM, dt. Gewerkschaft der Tagelöhner und Industriearbeiter und der Maquiladora-Industrie) sowie gegen die Politik der neuen „linken" Regierung unter Präsident Andrés Manuel López Obrador (Amlo) und dessen Partei Morena.

Mit seiner „vierten Transformation" will Amlo „friedlich arm und reich regieren", die Zustände in den Maquiladoras werden damit für ihn zu einem Problem, sind aber gleichzeitig relevant für die Beziehungen zu den USA, für die in den Montagefabriken hauptsächlich produziert wird.

Die prekären Bedingungen in den grenznahen Betrieben stellen ein Schlüsselelement in den Neuverhandlungen des Handelsabkommens NAFTA (North American Free Trade Agreement) und den Vorstellungen Trumps dazu dar. Amlo muss also für Ruhe in den Betrieben sorgen. Dazu soll ihm eine Erhöhung des Mindestlohns dienen. Die betroffenen Arbeiter*innen fordern, dass diese höheren Mindestlöhne auch in den Freien Produktionszonen gelten sollen, zumal zur Begrenzung der Migration im Grenzgebiet zu den USA die Mindestlöhne sogar verdoppelt wurden. Der neue Bürgermeister von Matamoros, Mario Lopez, Mitglied von Morena, sagte Ende 2018, dass wegen der Erhöhung des Mindestlohns die Lohnforderungen der Maquiladora-Arbeiter*innen „für die Fabriken finanziell nicht tragbar" sind. Weiter sagte er, dass er „Gespräche" mit den Gewerkschaften und Unternehmern führt, um die Sonderzahlungen für Arbeiter*innen aus den neuen Verträgen zu streichen: „Ich greife ein, um sicherzustellen, dass die Parteien einen versöhnlichen Plan erzielen". Offenbar waren diese Geheimverhandlungen einer der Gründe für die spontanen Streiks sowohl in Tamupilas wie auch in Sonora.

Entsprechend zwiespältig ist die Rolle von SJOIIM. Die seit 1932 (bis in die 1990er als Sindicato de Jornaleros y Obreros Industriales) bestehende Gewerkschaft gehört zum Gewerkschaftsbund CTM (Confederación de Trabajadores de México) und ist damit fester Bestandteil des Korporatismus unter der PRI-Herrschaft. Die Soziologin Cirila Quintero Ramírez bescheinigte der SJOIIM zwar immer eine relativ kämpferische Haltung im Vergleich zu anderen korporatistischen Gewerkschaften, dennoch blieb sie im Vergleich zu den unabhängigen Gewerkschaften Mexikos immer im System verhaftet. Der Streik richtet sich deswegen vor allem auch gegen die Höhe der Mitgliedsbeiträge und die Löhne der Gewerkschaftsfunktionäre. Offiziell unterstützt die SJOIIM allerdings nach kurzem Zögern die Streikaktionen. Nach zwei Wochen Streik haben 16 der die Maquiladoras betreibenden Firmen nun ein ernstzunehmendes Verhandlungsangebot gemacht und bieten 20 Prozent höhere Löhne an.

Torsten Bewernitz

JA'UN TA YAN BALUMIL[1] - SER INTERNACIONALISTA

Zapatistische Bildung im CELMRAZ, Caracol Oventik in Chiapas, Mexiko

K'uxi ja vo'on? - Was spricht dein Herz?
Jun ko'on. - Einig ist mein Herz.



»So wie Bündnisse erst den Reflexionsraum öffnen [...], ermöglichen sie auch erst das, was wir Erfahrung nennen. Auf Bündnissen, geschlossenen und verratenen, erhofften und verworfenen, baut Erfahrung auf, und sie schließt das Bündnis mit sich selbst – einem Selbst, das seit jeher von Zerstückelung bedroht ist – ein.«
Klaus Heinrich: Vom Bündnis denken, Frankfurt (2000), S. 9

Projekt-Beschreibung und Wer wir sind

Als ein Kollektiv von Internationalist_inn_en werden wir für jeweils 10-15 Internacionalistas aus dem deutschsprachigen Raum einmal im Jahr einen dreiwöchigen Studien-Praxis-Aufenthalt im zapatistischen Sprachzentrum CELMRAZ im Caracol Oventik, in den Altos de Chiapas, Mexiko, organisieren und umsetzen.
Wir möchten damit eine Art von Escuelita – organisiert von Internacionalistas und Zapatistas – schaffen, um Internationalismus direkt erfahrbar zu machen und so zum Aufbau eines konkreten Internationalismus beitragen zu können. Nicht zuletzt geht es dabei auch um die direkte Unterstützung einer zapatistischen Struktur im autonomen Bildungsbereich, dem Centro de Español y Lenguas Mayas Rebelde Autónomo Zapatista (CELMRAZ).

Zusätzlich gibt es die Möglichkeit – für einen anderen Zeitraum als den der Gruppenreise – als Einzelne, sogenannte Regulares, von uns für einen dortigen Aufenthalt autorisiert zu werden.

colectivo gata-gata

kontakt: gata-gata@riseup.net
http://balumil.blogsport.de

Bildungsinhalt und Form des Lernens: Theoretisches und praktisches Lernen

Vorbereitung in Deutschland und Mexiko
* Studium des chiapanekischen, mexikanischen, lateinamerikanischen Kontextes
* Studium linker Basis-Texte für einen neuen Inter nationalismus

Theorie in Oventik
Sprachlernkurs in Spanisch und/oder Sprach-Einführung in Tsotsil

* Studium des Aufbaus der zapatistischen Autonomie:
* Geschichte und Gegenwart
* Studium linker Basis-Texte für einen neuen Inter nationalismus

Praxis in Oventik
* Kollektives Arbeiten
* Austausch zwischen Compañeroas über Situation und Praxis

Ergänzendes in Chiapas
* Kennenlernen der Arbeit von dortigen Menschenrecht sorganisationen u. a.

Zurück in Deutschland
* Reflexion des Aufenthalts
* zapatistische Öffentlichkeitsarbeit

Teilnehmer_innen
* junge und ältere, an praktischem Internationalismus Interessierte und/oder auch bereits Erfahrene; Student_inn_en, Auszubildende, »soziales Jahr« Colectivistas aus dem deutschsprachigen Raum; kritische Gewerkschafter _inn_en etc.

Selbstverständnis und Praxis der Teilnehmenden
* Respektvoller Umgang
* Achtung der selbst gewählten Strukturen der Zapatistas
* Zuhören und Fragen stellen, ohne Statements abzugeben

Voraussetzungen
* Grundkenntnisse bis gute Kenntnisse in Spanisch
* Teilnahme an allen drei Vorbereitungsseminaren
* Erfahrungen mit/Interesse an kollektiver politischer Arbeit und/oder sozialer Organisierung
* Bereitschaft zum internationalistischen Austausch
* Bereitschaft Erfahrenes weiter zu geben
* Offenheit und Neugier
* Fähigkeit sich selbst zu reflektieren und zu relativieren

Termine
Vorbereitungsseminare: 29.-31. März, 26.-28. April und 31. Mai - 2. Juni 2019
Studien-Praxis-Aufenthalt in Chiapas: 2. September bis 2. Oktober 2019

1 Auf der indigenen Sprache Tsotsil: Ich bin Internationalist*in.

Interview von Radio LOHRO (Rostock) mit den Compañeras des colectivo gata-gata zum Projekt Balumil

Was macht das colectivo gata-gata? Was wollt ihr bewegen?

Als internationalistisches Kollektiv organisieren wir ein- bis zweimal im Jahr für eine Gruppe von 10-15 Internacionalistas, die wir hier in BRD vorbereitet haben, einen dreiwöchigen Sprach- und Praxisaufenthalt im Centro de Español y Lenguas Mayas Rebelde Autonómo Zapatista (CELMRAZ), im zapatistischen Caracol von Oventik in den Altos de Chiapas. Dort kann Spanisch vertieft oder Tsotsil, eine der Maya-Sprachen, erlernt werden.
Der Unterricht im CELMRAZ ist kein klassischer Sprachunterricht sondern basiert auf Austausch und Praxis. Er beinhaltet bspw. kollektive Feldarbeit, im Kollektiv Tortillas machen, den Besuch einer zapatistischen Klinik und einer Frauenkooperative. Die zapatistische Autonomie wird somit direkt erfahrbar.
Als colectivo gata-gata können wir auch einzelne Internacionalistas für einen Aufenthalt dort akkreditieren. Wir wollen mit unserem Projekt Balumil einen kleinen Beitrag zu einem konkreten, d.h. praktischen Internationalismus leisten. Der nächste Aufenthalt in Chiapas wird vom 2.9.-2.10.2019 stattfinden. Zu den Vorbereitungsseminaren ab Ende März kann sich jetzt angemeldet werden.

In welchem Verhältnis steht ihr zu den Zapatistas?

Es sind unsere Compañeras und Compañeros im gemeinsamen Kampf für „Eine andere Welt ist möglich." Wir achten und lieben sie sehr.

Vor 25 Jahren rebellierten die Zapatistas in der Silvesternacht gegen die mexikanische Regierung. Was findet ihr so überzeugend am Konzept der Zapatistas?

Die praktische Umsetzung ihrer Autonomie. Dass sie ihre (theoretischen) Konzepte oder Vorschläge immer praktisch erproben, und je nach gemachten Erfahrungen und Notwendigkeiten verändern, korrigieren. Ihre Lernfähigkeit, ihr Primat Praxis und ihr Kampf gegen das Vergessen, also gegen Geschichtslosigkeit, ist für uns mehr als überzeugend, denn es bedeutet, zu leben.
Sie überzeugen durch ihre Ernsthaftigkeit und die konsequente Umsetzung von dem, was sie sagen. Gemachte Schritte werden reflektiert und einer ständigen Kritik und Selbstkritik unterzogen. Immer wieder organisieren sie große internationale Treffen, um mit anderen „von links und unten" in Austausch zu treten – denn der Aufbau einer anderen Welt lässt sich nur international und in internationalistischen Bündnissen verwirklichen. […]

Der internationalistische Ansatz der Zapatistas ist altbewährt. Legendär sind die Interkontinentalen Treffen gegen Neoliberalismus und für Menschlichkeit der EZLN. Mit Balumil wird nun ein neues internationalistisches Projekt gestartet. Welcher Gedanke steckt hinter Balumil?

Internationalismus ist für uns wie auch für unsere zapatistischen Compas nie „altbewährt". Er wird von den Menschen gemacht, die dementsprechend politisch-solidarisch handeln und den aktuellen Situationen entsprechend einen praktischen Internationalismus weiter entwickeln – auf Grundlage der erfahrenen Geschichte. Insofern ist Balumil auch ein „altes" Projekt (unser historischer und auch z.T. persönlicher Bezug liegt auf den internationalistischen Bewegungen seit 1968 und zu Anfang der 80er Jahre) und gleichzeitig ein „neues" internationalistisches Projekt, indem es einen Internationalismus als Austausch konkret macht. Wir sind von Zapatistas gebeten worden, sie in ihrem autonomen Bildungsbereich zu unterstützen; und es war und ist uns ein Bedürfnis und eine große Freude, mit unserem Projekt Balumil diesen Compañerismus gemeinsam praktisch zu entwickeln.

Was erhofft ihr euch von der Kooperation?

Der Begriff „Kooperation" trifft nicht so recht den Inhalt und die Praxis von Balumil. Das, was wir in unserem Projekt Balumil versuchen zu praktizieren, ist ein Austausch „zwischen hier und dort – und vice versa". Dieser Austausch ist ausdrücklich von den Zapatistas gewünscht. Ziel und Praxis von Balumil ist – neben dem praktischen Spracherwerb in Spanisch oder Tsotsil: Von einander zu lernen, und das von einander Gelernte dort, wo wir leben, in unsere Alltagspraxis einzubeziehen, eine tatsächliche internationalistische Solidarität zu leben, indem wir bspw. den zapatistischen autonomen Bildungsbereich materiell unterstützen und hier internationalistische Öffentlichkeitsarbeit machen. Balumil ist kein „Kooperationsprojekt", sondern ein politisches Projekt von Compañeraos aus der BRD und zapatistischen Compas, um von einander zu lernen.

http://balumil.blogsport.de

ser internacionalista • ja'yun ta yan balumil • balumil@gmx.com



Avocados - die "Blutdiamanten" Mexikos

Avocados haben lange Transportwege hinter sich und ihr Anbau benötigt viel Wasser – aber nicht nur deswegen sind sie problematisch: In Mexiko kontrollieren Drogenkartelle den Handel mit der Frucht. Ein Koch ruft deshalb zum Boykott der „Blutdiamanten“ auf.

Der irische Koch JP McMahon betreibt zwei Sternerestaurants in West-Irland. Avocados hat er dort von der Speisekarte gestrichen: „Ich verwende sie nicht, wegen dem Effekt, den sie in den Ländern haben, aus denen sie stammen – Abholzung in Chile, Gewalt in Mexiko“, sagte McMahon dem Online-Portal „Irish Independent“.

Der Koch bezeichnete Avocados aus Mexiko außerdem als „Blutdiamanten“. Der Grund: In Mexiko sind Drogenhändler in das Geschäft mit Avocados verwickelt. Sie führen den Handel mit Waffengewalt und terrorisieren ganze Nachbarschaften.

Besonders schlimm war es lange in der Stadt Tancítaro im Bundesstaat Michoacán, laut Guardian die „Welthauptstadt der Avocadoproduktion“. Drogenbosse und Gangs forderten dort Schutzgeld von Bäuer*innen und Landbesitzer*innen oder übernahmen deren Avocadoplantagen mit Gewalt. Immer wieder kam es zu Entführungen und Ermordungen. Zwischen 2006 und 2015 verzeichnete die offizielle Statistik 8.258 Morde im Bundesstaat, so der Guardian.

Um sich gegen die gewalttätigen Gangs zu schützen, griffen die Einwohner*innen ebenfalls zu Waffen und bildeten freiwillige Patrouillen. Tancítaro hat dank der Patrouillen zumindest dem Anschein nach Stabilität erreicht, berichtet der Guardian. Drogenkartelle sind aber weiter in den Avocadohandel verwickelt.

Der irische Koch will solche Zustände nicht unterstützen, weshalb er dazu auffordert, keine Avocados mehr zu verwenden – oder zumindest weniger. Auch aus ökologischer Perspektive sei dies empfehlenswert.

Ein Avocadobaum benötigt pro Tag rund 50 Liter Wasser. Schätzungen gehen von fast 1.000 Litern Wasser aus, die für ein Kilo Avocado verbraucht werden – was oft nur drei Früchten entspricht. Die Anbaugebiete liegen oft in heißen, trockenen Gegenden, in denen das Wasser ohnehin knapp ist. Speziell in Mexiko werden außerdem illegal Wälder gerodet, um Platz für Avocadoplantagen zu schaffen. Wer nicht auf Avocados verzichten will, sollte darauf achten, Früchte aus näher gelegenen Ländern zu konsumieren. Bei ihnen sind zumindest die Transportwege kürzer. Wichtig außerdem: Bio-Qualität.

Quelle: Utopia (gekürzt von der Red.)

Kolumbien: Interview zur indigenen Bewegung im Cauca

"Wir sind in gewisser Weise ein Vorbild"



Demo (Minga) gegen Freihandelsabkommen: „Die Freihandelsabkommen sind ein Synonym für Raub und Tod. [...] Sofortige Abschaffung der Freihandelsabkommen“ (Foto: Mábel Lara)

Feliciano Valencia gehört zu den prominentesten Vertreter-innen der indigenen Bewegung des Cauca. Er war unter anderem Beauftragter für Menschenrechte der ACIN und einer der Sprecher*innen der MINGA ab dem Jahr 2008, internationaler Sprecher für den Congreso de los Pueblos und Ratsmitglied im Regionalen Rat der Indigenen im Cauca CRIC. Daher wurde er auch Opfer staatlicher Repression und saß mehrere Monate im Gefängnis. Seit dem Frühjahr 2018 ist er Senator im kolumbianischen Parlament für die noch junge Liste MAIS – Movimiento Alternativo Indígena y Social. Jochen Schüller sprach mit ihm über die indigene Bewegung im Cauca.*

Worauf basiert der Kampf der Indigenen im Norden des Cauca?
Der Kampf im Norden des Cauca beruht, wie bei den meisten der 102 indigenen *pueblos* (dt.: „Völker“) Kolumbiens, auf der Verteidigung unseres Landes, unseres Territoriums, unserer Kultur und unserer Rechte, die in den Gesetzen und Normen Kolumbiens garantiert sind: die eigene Regierung, Kultur, Rechte, Land und Territorium sowie Autonomie.

Was ist das Wichtigste für die Indigenen im Cauca?
Das Wichtigste für uns ist das Land, als Mittel zur Produktion. Außerdem die Garantie, dass unsere Produktion einen Markt findet, sowie die Ernährungssicherheit, damit die Menschen der indigenen Gemeinschaften gut leben können. Die Indigenen leben gut mit Land, Nahrung, unserer Kultur und den Traditionen, weil wir das von unseren Vorfahren übernommen haben. Darauf beruht der Kampf der Indigenen.

Dieser Kampf dauert nun schon mehr als 500 Jahre! Wie sind die Indigenen heute organisiert?
Heute sind die indigenen pueblos Kolumbiens in der ONIC (Organización Nacional Indígena de Colombia – Nationale Organisation der Indigenen in Kolumbien) organisiert, die ihren Sitz in Bogotá hat. Auf regionaler Ebene sind wir im CRIC organisiert. Dann sind wir noch im Norden des Cauca in der ACIN zusammengeschlossen, der „Vereinigung der Indigenen Räte im Norden des Cauca“. Und auf lokaler Ebene in den Räten (Cabildos). Die Partizipation findet in den Asambleas – den großen Versammlungen – und den Kongressen statt. Dort kommen bis zu 20.000 Menschen zusammen, um unsere Autonomie zu organisieren, unsere eigenen Gesetze zu schreiben, die Verteidigung unseres Territoriums zu beschließen und von der Regierung mehr Land einzufordern. Wir treffen Beschlüsse zum Schutz unserer Umwelt, der natürlichen Ressourcen und der Biodiversität, die wir weiterhin beschützen und für die wir sorgen. So organisieren wir uns auf den verschiedenen Ebenen, um unsere garantierten Rechte zu entwickeln und zu entfalten.

Die Bewegung im Norden des Cauca war Ausgangspunkt und Speerspitze von sozialem Widerstand. Erzählen Sie uns bitte davon.
Im Norden des Cauca hat sich tatsächlich eine besonders starke soziale Bewegung entwickelt. Dazu haben wir uns mit Kleinbäuer*innen, Afro-Kolumbianer*innen, Studierenden und Arbeiter*innen zusammengeschlossen. Unsere Ideologie bezieht sich auf das Land, das Territorium und die Autonomie, die Verteidigung der Biodiversität und der Naturressourcen. Wir erschaffen ein gemeinschaftliches Modell, an dem wir alle mitwirken und Teil haben.
Daher sind wir in gewisser Weise ein Vorbild. Schließlich hat die Bevölkerung im Norden des Cauca am meisten unter dem bewaffneten Konflikt gelitten. Wir haben den Krieg in unserem Territorium durchlebt. Wir haben Mechanismen des Widerstands entwickelt, wie etwa die Guardia Indígena. Zusammen mit anderen Bevölkerungsgruppen sind wir stärker geworden, auch auf nationaler, kontinentaler und globaler Ebene, denn wir wissen, dass auch andere Menschen weltweit für ein besseres Leben, ein Buen Vivir, kämpfen. Die Demokratie funktioniert, wenn die Regierungssysteme inklusiv sind.

Wir haben die indigene Bewegung nach innen gestärkt und eine nationale Bewegung ins Leben gerufen: die Minga Social y Comunitaria im Jahr 2008. Daraus ist der Congreso de los Pueblos (Anm. d. Red.: ein nationaler Dachverband sozialer Bewegungen) entstanden. Unsere Forderung, unser Programm ist der Aufbau einer Gesellschaft für ein besseres Leben.

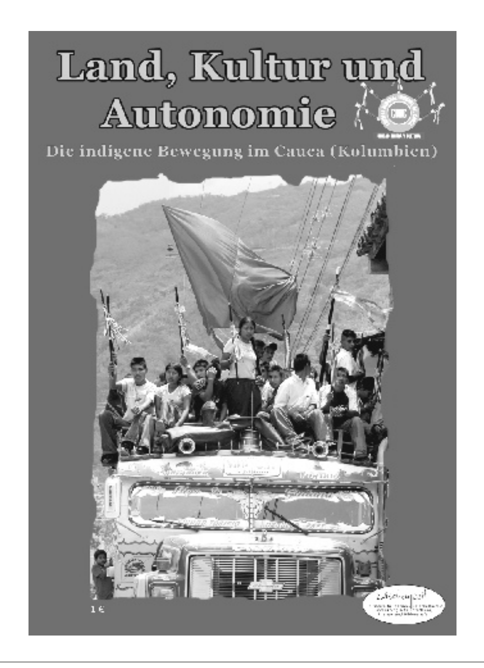
Mit der MINGA waren verschiedene Forderungen und Ziele verbunden - welche waren das genau?
Im Jahr 2008 haben wir eine massive Mobilisierung begonnen mit Demonstrationen, Kundgebungen, Protestmärschen, der Verteidigung unseres Territoriums, beispielsweise gegen die Freihandelsabkommen und das damit verbundene Entwicklungsmodell. Wir sind dazu nie befragt worden! Wir haben eine andere Vorstellung von Entwicklung: Sie soll nicht allein Reichtum hervorbringen, sondern die Grundbedürfnisse befriedigen. Es darf nicht nur um Geld gehen, vielmehr muss Entwicklung dem Frieden dienen.
Wir haben sehr stark gegen das amerikanische Freihandelsabkommen ALCA protestiert. Außerdem haben wir uns gegen die Vertreibungspolitik gewehrt, welche die Regierung mit der Agrargesetzgebung noch verstärkte. Und gegen die Sicherheitspolitik und die Politik der sogenannten „Demokratischen Sicherheit", die uns nur mehr Krieg bescherte (der rechtsextreme Präsident Álvaro Uribe Vélez (2002-2010) bezeichnete so seine repressive Innen- und Kriegspolitik, Anm. d. Red.). Deswegen haben wir die Minga organisiert, uns mit anderen Bevölkerungsgruppen verbündet und gefordert, dass sie uns in Frieden lassen sollten. Zwei Monate lang sind wir zu Fuß vom Cauca bis nach Bogotá marschiert mit der Forderung, dass die Regierung alle schädlichen Gesetze abschafft, die die Indigenen beeinträchtigen. Und dass der Staat unsere Rechte achtet und umsetzt!

Und die Bewegung setzt weiterhin auf Landbesetzungen. Was bedeutet die „Befreiung der Mutter Erde" – die „Liberación de la Madre Tierra"?
Die Liberación bedeutet für uns, die Menschheit zu verteidigen, das Universum, den Planeten. Schließlich zerstört dieses Entwicklungsmodell, diese Wirtschaftsweise die Welt, die Biodiversität, die natürlichen Ressourcen. Das Land wird privatisiert, das Territorium gefährdet und somit auch das Leben – nicht nur der Indigenen sondern der gesamten Menschheit! Daher besteht unsere wichtigste Aufgabe darin, die Erde, die Biodiversität, die natürlichen Ressourcen und das Territorium zu verteidigen, weil das alles für uns Leben bedeutet: Das Leben aller, nicht nur der Indigenen, sondern der gesamten Menschheit.

Zur Verteidigung der Gemeinschaft und des Territoriums haben Sie die Guardia Indígena gegründet. Wie viele davon gibt es und wofür ist diese Guardia gedacht?
Die indigenen Autoritäten haben beschlossen, dass wir unser Territorium kontrollieren und verteidigen müssen, daher wurde die Guardia Indígena gegründet: Das sind Frauen und Jugendliche, Erwachsene und Kindern und auch Alte – sie alle haben die Aufgabe, das Territorium zu verteidigen.
Im Norden des Cauca sind es rund 4.000, aber es sollen bis zu 10.000 Guardias Indígenas werden, die das Territorium lediglich mit ihren Stöcken verteidigen, die unsere Autoritäten ihnen gegeben haben – fest entschlossen, die Mutter Erde zu verteidigen! Wenn es hart auf hart kommt, werden jedoch alle 112.000 Bewohner*innen hier im Norte del Cauca zu Guardias. Dann ist es die Aufgabe der ganzen Gemeinschaft und nicht nur der Guardia Indígena, das Territorium, unser Land zu verteidigen!

Was sind die aktuellen Herausforderungen?
Ein Herausforderung sind die Gesetze, die die Regierung erlässt, um das Friedensabkommen umzusetzen. Dagegen müssen wir uns behaupten als indigene Gemeinschaften – im Rahmen der Vielfalt Kolumbiens. Wir müssen unsere eigenen Regierungen aufbauen gemäß unseres eigenen Denkens und unserer eigenen Kultur, nach der Logik des Buen Vivir (Gutes Leben), das wir einfordern. Die größte Herausforderung jedoch ist die Verteidigung unseres Landes und unseres Territoriums gegen das übermächtige Entwicklungsmodell, das zurzeit die Welt beherrscht. Eine ebenso große Herausforderung ist es, als indigene Völker zu überleben mit unseren Bräuchen und Traditionen, unserer Kultur und Sprache sowie unserem Gedankengut als Pueblos Originarios („ursprüngliche Völker").

Was sind Ihre Träume?
Wir träumen davon, eine gemeinsame Plattform für den Kampf ins Leben zu rufen – und zwar nicht nur der indigenen Bevölkerung, sondern zusammen mit den Campesinas/os (Kleinbäuer*innen), den Afro-Kolumbianer*innen, den Studierenden und Arbeiter*innen, kurz, mit der ganzen Bevölkerung, die auf die eine oder andere Art ausgegrenzt wird vom herrschenden System in Kolumbien. Unser Ziel ist nicht nur ein Territorium für die Indigenen, sondern ein Territorium und eine eigene Regierung, eine Demokratie für die gesamte Gesellschaft in Kolumbien.



Seit Januar 2019 ist die 44-seitige DINA4-Broschüre „Land, Kultur und Autonomie" über die indigene Bewegung im Cauca erhältlich. Kosten: 1,- Euro + Versandkosten Bestellungen an: film@zwischenzeit-muenster.de

Honduras: Humanitäre und politische Krise versus US-Geopolitik



Für den 27. Januar 2019 war die Bevölkerung von Politiker*innen der Opposition und Vertreter*innen von Menschenrechtsorganisationen und sozialen Bewegungen aufgerufen, sich an landesweiten Protesten gegen das Regime unter Führung von Juan Orlando Hernández zu beteiligen.[2] Vor einem Jahr hatte Hernández verfassungswidrig und nach nachweislich massivem Wahlbetrug seine zweite Amtszeit angetreten.

Seit dem Wahlbetrug protestiert die Bevölkerung. Auf Transparenten und in Sprechchören wird der Rücktritt Hernández´ gefordert. "Fuera JOH" (Verschwinde JOH), skandieren die Demonstrant*innen. Sie fordern die Freilassung der politischen Gefangenen und das Ende der „Drogendiktatur“. Nach jüngsten Erkenntnissen der New Yorker Staatsanwaltschaft gebe es Verbindungen hoher Funktionäre und Angehörige der Familie Hernández zur Drogenkriminalität. Der Bruder von Staatschef Hernández, Juan Antonio "Tony" Hernández wurde am 23. November 2018 im Flughafen von Miami, USA, festgenommen.

2 http://defensoresenlinea.com/continuan-protestas-para-exigir-la-salida-de-la-dictadura-en-honduras/

Von Devis Leonel Rivera Maradiaga, dem in den USA inhaftierten Anführer des honduranischen Drogenkartells *Los Cachiros*, wird er beschuldigt, in den Drogenhandel involviert zu sein. Tony Hernández habe Tonnen von Kokain in die USA geschmuggelt.

Trotz der Wahlmanipulation und der Drogenge-schäfte hoher Funktionäre und Familienangehöriger genießt Hernández Rückendeckung der USA. Das *US-Southern Command (Southcom)*, zuständig für Militäroperationen in Lateinamerika, unterhält auf dem US-Luftwaffenstützpunkt Soto Cano den Hauptsitz einer Task Force Bravo - einer Spezial-einheit der Southcom. In den letzten Jahren waren vier weitere US-Militärstützpunkte in Honduras errichtet worden. Erst am 22. Januar 2019 (einen Tag vor dem Putschversuch in Venezuela) traf sich Craig Faller, Chef des Southcom, mit Fredy Díaz Zelaya, aktueller Verteidigungsminister, um „The-men der Sicherheit und des Friedens“ in der Region zu besprechen.[3]

3 https://www.laprensa.hn/honduras/1252395-410/jefe-comando-sur-eeuu-reitera-compromiso-honduras-trabajar-paz-seguridad



Die Bilanz des letzten Jahres fällt schlecht aus: Militär und Polizei gingen gegen die Proteste unter Einsatz von Tränengas und scharfer Munition vor. Mehr als 33 Menschen wurden während der Proteste nach den Wahlen getötet[4]. Viele dieser Morde sind nachweislich durch die Militärpolizei verübt worden und bisher straffrei geblieben. Regionen, in denen die Bevölkerung gegen illegale Projekte wie Wasserkraftwerke und Bergbau protestiert, wurden militarisiert.

Abgeordnete und Funktionär*innen der Regierungspartei, der Nationalen Partei, sind in mehrere Korruptionsskandale involviert. Dabei sollen sie öffentliche Gelder in Millionenhöhe durch eigens geschaffene Nichtregierungsorganisationen in die eigene Taschen gewirtschaftet haben. Laut Untersuchung der Nichtregierungsorganisation *Fosdeh* hat sich die Zahl der Honduraner*innen, die in Armut und extremer Armut leben, zwischen 2010 - 2018 drastisch erhöht.[5]

Zu diesen Skandalen kommt das hohe Gewaltniveau in Honduras. Allein in den ersten 15 Tagen des Jahres 2019 wurden bereits acht Massaker verübt, bei denen 27 Menschen getötet wurden.[6] Ein weiteres Indiz für die Krise sind die tausenden Honduraner*innen, die sich in bisher vier Karawanen auf den Weg in die USA auf der Suche nach Sicherheit und Arbeit gemacht haben. Erst am 20. Januar verließ die vierte Gruppe mit rund 400 Per-sonen die nördliche Stadt San Pedro Sula in Richtung Guatemala.[7]

Thomas Raabe

Fotos: Luis Mendez, Radio Progreso

Anmerkung der Redaktion:
In dem Buch „Die Welt sind wir“ werden u.a. auch verschiedene Kämpfe und Widerstandsformen aus Honduras vorgestellt.

4 https://nicaraguaymasespanol.blogspot.com/2018/01/honduras-reprimen-movilizacion-contra.html
5 https://tiempo.hn/ismael-zepeda-pobreza-migrantes/
6 https://criterio.hn/2019/01/15/las-masacres-obedecen-a-captura-de-tony-hernandez-maria-luisa-borjas/?fbclid=IwAR1x3r2n8M7dFhUmf_vF1xG8_Dru47C0SMxz4dyHAQ6nkXVNI7oFcvCXs1c
7 https://www.elconfidencial.com/mundo/2019-01-21/caravana-inmigrantes-honduras-estados-unidos_1770858/

Die Revolution verteidigen - Rojava im Winter 2018/2019

Nachdem türkische und islamistische Truppen im März 2018 den mehrheitlich kurdischen Kanton Afrîn besetzten und die verbliebene Bevölkerung einer Schreckensherrschaft unterworfen haben, droht der türkische Despot Recep Tayyip Erdoğan nun mit einer Invasion nach selbem Muster in der Region östlich des Euphrat. Die Ankündigung Donald Trumps, die in Nordostsyrien stationierten US-Truppen abzuziehen, sind ein Indiz dafür, dass diese Invasion in Kürze beginnen könnte.

Von der Demokratischen Föderation Nordsyriens zur Autonomen Administration Nord- und Ostsyriens

Rund um den Jahreswechsel gab sich die Demokratische Föderation Nordsyriens einen neuen Namen. Dem Anspruch entsprechend, alle Teile der Bevölkerung zu repräsentieren, hat die DFNS den militärischen Erfolgen ihrer Streitkräfte Rechnung getragen und die vom IS befreiten Gebiete in das System der demokratischen Selbstverwaltung integriert. Da die zuletzt befreiten Gebiete in Deir ez-Zor aber ganz klar im Osten Syriens liegen, musste der Name dementsprechend angepasst werden, so dass die Selbstverwaltung nun den Namen „Autonome Administration Nord- und Ostsyriens" trägt. Dazu hat sie sich ein neues Wappen gegeben, das ebenfalls Ausdruck der Gleichberechtigung aller Völker Nordostsyriens sein soll. Die im Wappen verwendeten Sprachen sind Arabisch, Assyrisch, Kurdisch und Turkmenisch. Die sieben Sterne stehen für die sieben Regionen Afrîn, ar-Raqqa, Cizîrê, Deir ez-Zor, Kobanî, Manbij und Tabqa, Weizen und Oliven sind die landwirtschaftlichen Haupterzeugnisse Nordostsyriens.

Vom Afrîn-Schock abgesehen, geht es im selbstverwalteten Gebiet voran. Sowohl in Sachen Wiederaufbau von Häusern und Infrastruktur als auch bei Etablierung des neuen Systems in der Bevölkerung der befreiten Gebiete. Die zivilen Strukturen haben Zulauf und es findet ein reger Austausch mit Strukturen aus Gebieten, in denen die Revolution bereits weiter vorangeschritten ist, statt. Auch die neu aufgebauten militärischen Strukturen in den befreiten Gebieten schaffen es mit Unterstützung der etablierten Kräfte, der Zivilbevölkerung ein relativ großes Maß an Sicherheit zu garantieren.

Nach wie vor bereitet das Embargo der umliegenden Staaten, bzw. deren Regierungen, große Probleme. Während Konsumgüter mittlerweile ohne Probleme über Südkurdistan (Nordirak) nach Nordostsyrien finden, ist es weiterhin schwer, an Maschinen oder Ersatzteile zu kommen, die selbstbestimmtes Wirtschaften erlauben. Hier und da gibt es gemeinsame Projekte mit dem Assad-Regime, wie z.B. das gemeinsame Betreiben des Staudamms in Tabqa. Dieser steht militärisch unter Kontrolle der Selbstverwaltung Nordostsyriens, während das Assad-Regime über Ersatzteile und Techniker*innen verfügt, die den Staudamm zur Energiegewinnung wieder nutzbar machen können. Von dem erzeugten Strom profitieren letztendlich die Bevölkerungen auf beiden Seiten des Euphrat.

Minen und Blindgänger sorgen - trotz großartiger Arbeit der Räumkommandos - für Tote und Verletzte und der in der offenen militärischen Konfrontation quasi geschlagene IS schafft es immer wieder, mit Überfallen oder Bombenanschlägen Leid und Angst zu erzeugen. Auch gibt es Teile der Bevölkerung, die sich mit dem neuen System nicht anfreunden wollen und für das Assad-Regime, bzw. für das gescheiterte Projekt, für das die sogenannte und so gut wie nicht mehr existente Free Syrian Army mal gestanden hat, auf die Straße gehen. Man darf nicht vergessen, dass diese Gebiete nicht nur das Kernland des IS waren, weil der IS diese Gebiete erobert und unterworfen hat, sondern dass in diesen Gebieten auch eine nicht unerhebliche Basis existiert, die eine Gesellschaft nach islamistischem Vorbild befürwortet. Dass ihre Positionen nur schwer mit der einer basisdemokratischen, auf Frauenbefreiung bedachten Bewegung zusammenzubringen sind, liegt in der Natur der Sache.

Kämpfe in Deir ez-Zor, US-Truppenabzug und türkische Invasionsabsichten

In den Gebieten rund um Hajin im südlichen Deir ez-Zor, kurz vor der irakischen Grenze, befindet sich das letzte vom IS kontrollierte Gebiet östlich des Euphrat. Die Kleinstadt Hajin selbst wurde von den SDF bereits befreit. Da den Resten des sogenannten islamischen Staats nach mehreren gescheiterten Ausbruchsversuchen alle Optionen genommen sind, sie sich unter ständigem Bombardement der Koalition befinden und die SDF fast täglich Raumgewinne verzeichnen, ist es nur noch eine Frage der Zeit bis zur Kapitulation oder Niederschlagung. Letztendlich geht es nur noch darum, wie viel weiteres Blut vergossen wird, wie viele weitere Zivilist*innen umkommen, bis die IS-Herrschaft über dieses Gebiet endgültig beendet ist.

Der militärische Sieg gegen den IS bedeutet natürlich nicht, dass von diesem keine Gefahr mehr ausgeht. Mit dem militärischen Niedergang stieg die Anzahl der Anschläge wieder an und man darf davon ausgehen, dass nicht alle Kämpfer getötet wurden oder in Kriegsgefangenschaft gerieten und nun als Schläferzellen darauf warten, Anschläge zu begehen, bis sie sich neu formieren können oder sich unentdeckt in andere Gebiete aufmachen konnten, um dort unter anderer Flagge zu kämpfen, z.B. für ihren langjährigen Paten Erdoğan.

Momentan befinden sich knapp 3.000 IS-Kämpfer in Kriegsgefangenschaft, ca. 1/3 davon sind Ausländer, 14 von ihnen sind deutsche Staatsbürger. Hinzu kommen deren Familien, die in separaten Camps untergebracht sind. Da die Selbstverwaltung sich nicht in der Lage sieht, die Prozesse gegen die Gefangenen zu führen, appelliert sie seit langer Zeit an die Herkunftsländer der Islamist*innen, diese zurückzunehmen und diese „zu Hause" vor Gericht zu stellen. Außer Russland, Marokko, Indonesien und dem Sudan, kam keines dieser Länder seiner Verantwortung nach. Die BRD versteckt sich dahinter, keine diplomatischen Beziehungen nach Nordostsyrien zu haben, was einerseits erlogen ist und auf der anderen Seite innerhalb weniger Tage aufzubauen

wäre, sofern denn ein Wille dazu bestehen würde.
Zusätzlich zu den enormen Kosten- und Sicherheitsfaktoren, die diese Gefangenen für Nordostsyrien darstellen, ist es enorm wichtig, dass die Kinder der Islamist*innen, die jahrelang radikalisiert wurden und schlimmste Dinge gesehen, wenn nicht sogar selbst ausgeführt haben, schnellstmöglich in adäquate psychologische Betreuung kommen. Eine Aufgabe, die die Selbstverwaltung in Nordostsyrien auf absehbare Zeit nicht bewältigen kann, aber für die „entwickelten Länder“ ohne größere Probleme lösbar ist.

Nachdem US-Präsident Trump im Dezember via Twitter verkündete, dass der IS geschlagen sei und damit die rund 2.000 US-Soldat*innen aus Syrien abgezogen werden, gilt es aber wieder verstärkt auf die Bedrohung an der Nordgrenze zu achten. Auch wenn eine gewisse Verwunderung in der Koalition (Teile der US-Administration eingeschlossen) nicht zu übersehen war, wusste man gerade unter den Kurd*innen genau, dass dieser Tag kommen würde. Das Verhältnis zu den USA war von beiden Seiten stets als ein taktisches betrachtet worden. Die Vereinigten Staaten bekamen verlässliche Bodentruppen für den Kampf gegen den IS (und die US-Rüstungskonzerne große Aufträge auf Kosten der Steuerzahler*innen), die SDF dafür im Gegenzug Waffen, Luftunterstützung und die US-Streitkräfte stellten sich östlich des Euphrat als Puffer zwischen das türkisch-islamistische Bündnis Erdoğans auf der einen und die Truppen der SDF auf der anderen Seite.
Mit dem Bekanntwerden der Abzugspläne und der dadurch größer werden Bedrohung durch die Türkei, wurden die Gespräche der Selbstverwaltung mit dem Assad-Regime intensiviert und der Militärrat von Manbij, der westlich des Euphrat gelegenen und derzeit bedrohtesten Stadt, lud Truppen Russlands und des Regimes zur gemeinsamen Verteidigung der Stadt ein. Östlich des Euphrat soll nach Willen der USA eine „Sicherheitszone“ entstehen, die entlang der türkischen Grenze 30 Kilometer ins Land hineinreichen soll. Details, z.B. wer diese denn umsetzen soll, verriet der US-Präsident hingegen nicht. Es besteht zu befürchten, dass eine Übereinkunft getroffen wurde, dass die USA, nachdem klar wurde, dass die nordostsyrische Selbstverwaltung nicht dazu zu bewegen ist, ein kapitalistischer Öl-Staat nach dem Vorbild des von Kleptokraten geführten Nordirak zu werden, der Türkei das Management dieser Region überlassen. Die „Sicherheitszone“ würde fast alle großen, mehrheitlich kurdischen Städte umfassen und sollte Erdoğan tatsächlich den „Zuschlag“ bekommen, ist zu erwarten, dass all diesen Städten das selbe Schicksal wie Afrîn droht, sprich Vertreibung und Unterdrückung der kurdischen Bevölkerung bei gleichzeitiger Ansiedlung sunnitisch-arabischer Islamist*innen. Dass in der Türkei schon fleißig Pässe syrischer Refugees gefälscht werden, deren Herkunftsorte nun angeblich alle innerhalb dieser „Sicherheitszone“ liegen, bestärkt diese Vermutung.

Die Lage in Afrîn
Was sich in dem im März 2018 unter türkisch-islamistische Besatzung gefallenen Kanton Afrîn abspielt, ist weiterhin grausam. Menschenrechtsverletzungen, wo man hinschaut, toleriert von allen internationalen Partner*innen der Türkei. Kürzlich wurde die Vermutung bestätigt, dass die komplette Olivenernte Afrins über die Türkei nach Spanien verkauft wurde, natürlich ohne die BesitzerInnen der Bäume zu entschädigen.

Hunderttausende leben weiterhin in den Camps von Şehba ohne Aussicht darauf, nach Hause zurückkehren zu können. Trotz widrigster Bedingungen ist die Moral der Geflüchteten aber auf einem beeindruckend hohen Niveau. Aufzugeben und den eingeschlagenen Weg der Revolution zu verlassen, scheint nicht in Frage zu kommen. So wie der Widerstand in den Camps ungebrochen ist, so kämpft auch die Guerilla weiterhin für die Befreiung Afrîns. Immer wieder kann sie den feindlichen Truppen schwere Stiche versetzen und für ein Klima der Angst unter den Besatzern sorgen. Davon zu sprechen, dass diese Aktionen bald dazu führen, dass Afrîn von der türkisch-islamistischen Allianz befreit wird, wäre aber falsch. Ein Ende der Besatzung von Afrîn, ebenso wie ein Ende Besatzung der angrenzenden Gebiete um Dscharābulus und al-Bab, wird ganz eng mit der weiteren Entwicklung in Idlib zusammenhängen und ob, bzw. zu welchen Bedingungen, Erdoğan seine Vorstellungen einer „Sicherheitszone“ entlang der türkischen Grenzen gegenüber Russland und Assad durchsetzen kann. Dass die angeblich demokratischen Staaten des Westens im Auftrag von Völker- und Menschenrechten intervenieren, dürfte auszuschließen sein.

Bernhard Iner / Perspektive Rojava / muenster.org/rojava

Angriff auf Rojava

Spenden für Nothilfe in Afrin



Medikamente, die mit Spenden an medico international finanziert wurden, kommen im Krankenhaus von Afrin an (Foto: medico)

Die Türkei greift den kurdischen Kanton Afrin an. *medico* unterstützt die medizinische Nothilfe vor Ort. Hilfe wird dringend benötigt.

Spendenkonto:
medico international
IBAN: DE21 5005 0201 0000 0018 00
BIC: HELADEF1822
Frankfurter Sparkasse
Stichwort "Nothilfe Rojava"

15.000 € für ein Transparent gegen Rheinmetall



Diesen Betrag sollen zwei Menschen aus Frankfurt/M. zahlen, weil sie während der Jahreshauptversammlung von Rheinmetall am 8. Mai 2018 im Berliner Maritim-Hotel vor dem Haupteingang ein Transparent mit der Aufschrift: „8. Mai 1945 – damals wie heute, war starts here, let's stop it here“ zeigen wollten. Das Banner war in den Farben der kurdischen Befreiungsbewegung gehalten. um gegen den Einsatz von Leopardpanzern aus deutscher Rüstungsproduktion beim völkerrechtswidrigen Einmarsch der Türkei in Afrin/Syrien zu protestieren.

Ca. 10 Personen wurden durch einen massiven Polizeieinsatz daran gehindert, das Transparent zu entrollen, und anschließend kurzfristig festgenommen. Die Strafbefehle mit dem Vorwurf des Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte richten sich gegen 2 Personen aus Frankfurt. Seit Jahren gibt es öffentlichen Protest gegen die Waffenschmiede Rheinmetall, so auch gegen deren Jahreshauptversammlungen, die 2018 am Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus unmittelbar gegenüber dem Verteidigungsministerium und ehemaligen Heeresamt, dem sogenannten Bendlerblock, statt fand.

Deutlicher kann der Rüstungskonzern Rheinmetall die Kontinuität der eigenen Geschichte und seine engen Verbindungen zu Verteidigungsministerium und Bundesregierung kaum demonstrieren. Damals wie heute ist Rheinmetall weltweit in Kriege involviert.

Jüngste Beispiele sind die Waffenlieferungen gleich an mehrere Kriegsparteien im Jemen und der Bau einer Panzerfabrik in der Türkei.

Seit Jahren stellt sich der Konzern z.B. über seine Munitionsfabriken in Italien (RWM Italia S.p.A) und Südafrika (Denel-Konzern) international auf, um Ausfuhrverbote umgehen zu können.

Trotz eines Waffenembargos, wie aktuell gegen Saudi-Arabien, führt Rheinmetall seine Lieferungen über die internationalen Tochterfirmen fort.
Ein Friedensaktivist aus Celle, der vor den Rheinmetallwerken in Unterlüß mit Flugblättern gegen deren illegale Waffenexporte protestierte und die Beschäftigten zur Veröffentlichung solcher Machenschaften aufrief, wurde Ende November 2018 wegen „Aufruf zum whistleblowing“ zu einer Geldstrafe von 1.800 Euro verurteilt. Das Urteil wird von dem Aktivisten nicht akzeptiert. Ebensowenig werden die beiden Personen aus Frankfurt die Strafbefehle über insgesamt 15.000 Euro akzeptieren und sie weisen die Vorwürfe der Staatsanwaltschaft zurück. Es wird voraussichtlich im Frühjahr 2019 zu einer Gerichtsverhandlung vor dem Amtsgericht Berlin-Tiergarten kommen.

Polizei und Justiz stellen sich mit der Kriminalisierung von antimilitaristischen Aktionen auf die Seite der Profiteure von Krieg, Vertreibung und Flucht. Der Protest gegen Rheinmetall und andere Waffenschmieden wird weitergehen.

Rheinmetall-entwaffnen-Rheinmain

Kontakt: rheinmetall-entwaffnen-rheinmain@riseup.net



Redebeitrag zum Brandanschlag auf das Mietshäusersyndikats-Projekt Knotenpunkt

Liebe Leute,

wir sind zwei Menschen, die bis zum Brand im Knotenpunkt gelebt haben. Der Knotenpunkt ist ein Wohnprojekt in Schwalbach am Taunus, einige Kilometer von der Frankfurter Stadtgrenze entfernt. Das Projekt besteht seit 1985 und ist seit 2006 Mitglied des Mietshäusersyndikats. Das Syndikat ist eine dezentrale Organisationsstruktur für Wohnprojekte, in der gemeinschaftlich Häuser erworben und in Gemeineigentum überführt werden. In Deutschland gehören dem Mietshäusersyndikat weit über 100 Projekte an. Unser Haus und der Hof wurden über viele Jahre hinweg in liebevoller Kleinarbeit restauriert und energetisch saniert. Zuletzt lebten dort fünf Menschen. Das ist jetzt vorerst vorbei. Unser Haus war das erste, das von der Serie von Brandanschlägen betroffen war, die uns alle seit Monaten in Atem hält.

Alles begann am 14. September diesen Jahres (2018). Es war in den letzten Tagen der sommerlichen Hitzeperiode, aber noch war kein Regen gefallen. Ein Feuer brach gegen ca. 22.45 Uhr am Holzunterstand vor der Scheune aus und breitete sich rasant auf die gesamte Scheune sowie die Nebengebäude und den Dachstuhl des Haupthauses aus. Eine Bewohnerin, die zuhause war und das Feuer bemerkte, unternahm noch einen Löschversuch und alarmierte die Feuerwehr. Aufgrund der engen und verwinkelten Gassen hatte die Feuerwehr Schwierigkeiten mit den Löscharbeiten. Der Einsatz mit über 200 Feuerwehrmenschen dauerte bis spät in die Nacht an. Vom Feuer unversehrt blieben nur das Erdgeschoss und der erste Stock des Haupthauses, diese wurden jedoch von Löschwasser durchtränkt und entsprechend unbewohnbar. Vom einen auf den anderen Tag haben wir unser Zuhause verloren: Viele persönliche Erinnerungen, Alltagsgegenstände, jahrelange harte Arbeit. Zum Glück wurde niemand verletzt, da die meisten Bewohner*innen an diesem Abend ausgeflogen waren. Die Ermittlungen der Polizei und des LKA haben bisher keine Verdächtigen ergeben. Die Polizei geht von Brandstiftung aus und ermittelt in diese Richtung. Nach dem Brand passierte zwei Monate nichts, mensch hätte denken können, dass es ein einmaliges Ereignis ist. Aktuell wird der Knotenpunkt mithilfe vieler Menschen wieder aufgebaut und wir wollen uns an dieser Stelle nochmals für die grossartige Solidarität, die praktische Hilfe, Unterstützung und Wärme bedanken. Das hat uns die Kraft gegeben, wieder aufzubauen – und Hoffnung.

Vom 13. bis 15. November kam es zu vier weiteren Brandstiftungen – nun im Stadtteil Rödelheim, im seit 35 Jahre besetzten Haus In der Au und im Hausprojekt Assenland. Am 3. Dezember schließlich wurde Feuer an einer Bauwagen-Gartenlaube im Projekt Schwarze 79 in Hanau gelegt.
Am 9. und 10. Dezember wurde versucht, das soziale Zentrum Exzess im Stadtteil Bockenheim in Brand zu setzen. Das Feuer wurde schnell bemerkt und konnte gelöscht werden. Am 12. Dezember schließlich brannte es im feministischen Wohnprojekt Lila Luftschloss im Frankfurter Nordend. Die Ursache ist bisher nicht geklärt. Eine Brandstiftung im Knotenpunkt, drei in der AU, eine an der Assi, zwei am Exzess, eine an der Schwarzen 79 und nun möglicherweise noch eine im Lila Luftschluss. Neun Brände in oder an linken Projekten, häufig in bewohnten Häusern oder in Wohngebieten. Drei dieser Projekte sind Mitglieder des Mietshäusersyndikats. Bei allen diesen Bränden hätten Menschen sterben können. Alle diese Brandanschläge zielen auf Menschen und Strukturen, die ein Leben für wünschenswert halten, das anders ist als es die Gesellschaft vorschreibt. Wir leben solidarische Lebensformen und unterstützen uns gegenseitig. Für manche bedeutet das, nicht in Vater-Mutter-Kind-Gemeinschaften, zu leben, für Andere, Generationen übergreifend leben zu können und für Alle heißt das, die Isolierung und Entfremdung aufzubrechen, die hier zunehmend Normalität ist. Das Mietshäuser-Syndikat entzieht dem Kapitalmarkt Immobilien und schafft leistbaren Wohnraum, abseits von Schufa-Auskunft, Knebelverträgen und rassistischen Vermieter*innen. Wir stehen ein für Menschen, die mit dem Rücken an der Wand stehen, und ihren täglichen Widerstand gegen staatliche Repression und Gewalt.

Wir halten diese Brandserie für einen gezielten Angriff auf unsere solidarischen Lebensweisen. Möglich gemacht werden solche Attacken durch den sich seit mehreren Jahren entwickelnden rechten Diskurs in Teilen der Öffentlichkeit. Für uns sind nicht nur die Idioten mit Brennpaste und Feuerzeug das Problem. Brandstifter_innen sitzen auch in Parteien, Parlamenten, Redaktionsräumen, Polizeiwachen und Amtsstuben.

Wir trauen keinem staatlichen Sicherheitsapparat, der rechte Straftaten nicht angemessen verfolgt oder möglicherweise durch Mitglieder seiner Organe darin verstrickt ist. Die beschämende Ermittlungsarbeit im NSU-Komplex und die dubiose Rolle staatlicher Behörden ist bis heute nicht aufgeklärt. In Frankfurt, Marburg und Wiesbaden fliegt gerade in diesen Tagen ein rechtsradikales Netzwerk in der Polizei auf, das wohl in Morddrohungen gegen die Tochter einer NSU-Opferanwältin involviert ist.

Auch in Kiel und Berlin hat es in den letzten Tagen Brandstiftungen gegeben. Wir stehen an der Seite des linken Treffpunkts Li(e)ber Anders in Kiel, des antifaschistischen Fantreff von Tennis Borussia Berlin „Zum goldenen Lachshirsch“ sowie der Union Coop//Föderation in Berlin. Am 21.12. wurde versucht, die Metzgerstrasse in Hanau anzuzünden, während einer Veranstaltung. Das Feuer wurde in einem Abstellraum gelegt. Der Täter konnte die Metzgerstrasse verlassen, wurde aber bald gestellt und der Polizei übergeben. Wir lassen uns nicht einschüchtern! Was brennt, wird gelöscht und dann wiederaufgebaut! Wir schützen uns gegenseitig und kämpfen für eine andere Gesellschaft. Für ein solidarisches Miteinander und gegen rechte Brandstifterinnen – ob auf der Straße oder hinterm Schreibtisch!

Die Häuser denen, die darin wohnen! La Lucha sigue!
22. Dezember 2018

<u>Spendenkonto:</u> Ulrike Röding-Gilberg
IBAN: DE13 50 1900 00600 1985 670
Stichwort: Knotenpunkt

* Unsere Klassiker*

Geschichten von Don Durito

Rebellion und Stühle

Subcomandante Marcos im Gespräch mit dem Käfer Durito

Durito: »Los, schreib. Der Titel ist ›Rebellion und Stühle‹.«
»Stühle? Durito, komm bitte nicht mit noch einer von Deinen...«
»Halt die Klappe! Die Idee stammt von etwas, das Saramago und ich gegen Ende des letzten Jahrhunderts geschrieben haben, und ›Stühle‹ heißt.«
»Saramago? Meinst Du José Saramago, den Schriftsteller?« frage ich sprachlos.
»Natürlich. Was, gibt es einen anderen? Nun, an einem Tag an dem wir uns so betrunken hatten, dass wir dabei waren, von dem besagten Stuhl zu Boden zu plumpsen, mit der Einsicht und dem Durchblick der unten Liegenden, sagte ich: ›Pepe, dieser kleine Wein hier, trifft einen härter als Aznars [span. konservativer Regierungschef] Maulesel‹ – und er sagte gar nichts, weil er nach seiner Brille suchte.
Und dann sagte ich zu ihm: ›Etwas passiert mit mir, schnell José, die Ideen sind wie Bohnen mit Würstchen, wenn Du aufhörst, Dir Sorgen zu machen kommt noch eine und wir können frühstücken.‹
Saramago fand endlich seine Brille und zusammen entwarfen wir die Geschichte. Das war, wenn ich mich recht erinnere, in den frühen 80ern. Natürlich taucht bei den Autoren nur sein Name auf, denn wir Käfer haben mit den Urheberrechten viel zu kämpfen.«

Ich möchte Duritos Anekdoten abkürzen, also dränge ich: »Der Titel ist bereits da, was noch?«
»Nun, es geht darum, wie die Haltung, die ein Mensch gegenüber Stühlen einnimmt, diesen politisch definiert. Der Revolutionär (großgeschrieben) sieht gewöhnliche Stühle unvoreingenommen und sagt: ›Ich habe keine Zeit, mich hinzusetzen, die gewichtige Mission, die mir die Geschichte (großgeschrieben) anvertraut hat, hindert mich daran, mich von Albernheiten ablenken zu lassen.‹ So verbringt er sein ganzes Leben, bis er vor dem Sitz der Macht ankommt und den, der auf dem Stuhl sitzt, mit einem Schuss niederstreckt um sich selbst dahin zusetzen, und dann sitzt er mit einer gerunzelten Stirn, als ob er an Verstopfung leidet, und sagt: ›Die Geschichte (großgeschrieben) hat sich erfüllt. Alles, absolut alles wird nun klar. Ich sitze auf dem Stuhl (großgeschrieben) und ich bin die höchste Erfüllung unserer Zeit.‹
Von hier an macht er weiter, bis ein anderer Revolutionär (großgeschrieben) kommt, ihn niederwirft, und die Geschichte (kleingeschrieben) wiederholt sich. Der Rebell (kleingeschrieben) andererseits, der sich einen gewöhnlichen und durchschnittlichen Stuhl ansieht, analysiert diesen aufmerksam, und dann geht er los und rückt einen anderen Stuhl heran, und noch einen, und noch einen, und in kürzester Zeit sieht es aus wie in einem Buchklub, denn mehr Rebellen (kleingeschrieben) sind angekommen und fangen an, mit Kaffee, Tabak und Worten herumzuschwärmen, und genau in dem Augenblick, in dem sie anfangen, sich wohlzufühlen, werden sie unruhig, als ob sie Würmer im Blumenkohl hätten, und niemand weiß, ob das am Kaffee liegt oder am Tabak oder an den Worten, aber sie stehen alle auf und gehen weiter. Bis sie einem anderen gewöhnlichen und durchschnittlichen Stuhl begegnen, und die Geschichte wiederholt sich.
Es gibt nur eine einzige Variation, wenn der Rebell dem Sitz der Macht (großgeschrieben) begegnet, betrachtet er ihn aufmerksam, analysiert ihn, aber anstatt sich hinzusetzen, holt er eine Nagelfeile und fängt an, mit heldenhafter Geduld die Beine anzufeilen, bis sie so brüchig sind, dass sie zusammenbrechen, sobald sich jemand hinsetzt, was fast sofort der Fall ist. Ende.«
»Ende? Aber Durito...«
»Nichts, nichts. Ich weiß schon, dass das zu trocken ist und Theorie anschmiegsamer sein sollte, aber ich betreibe Metatheorie. Vielleicht beschuldigen sie mich, ein Anarchist zu sein, aber betrachte meine Ansprache als eine bescheidene Hommage an die alten spanischen Anarchisten, weil es Menschen gibt, die leise Helden sind und deswegen nicht weniger hell leuchten.«
Durito geht, obwohl ich sicher bin, dass er lieber zurückkommen würde.

Subcomandante Marcos (2002)



Subcomandante Marcos
Die anderen Geschichten
Los Otros Cuentos

Erzählungen von Subcomandante Insurgente Marcos | Relatos del Subcommandante Marcos

Neuübersetzung von Katja Rameil
ISBN 978-3-89771-036-8

UNRAST VERLAG
www.unrast-verlag.de

